

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbancz, Magdeburg. Druck von Franz Heide, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schwabstraße). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzerationsgebühren die fünfzehntägige Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 1770

Nr. 198.

Magdeburg, Freitag, den 25. August 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Regierung und Agrarier.

-bg- Es ist ein ergötzliches Schauspiel, dieselben Leute, die vor einigen Wochen noch in trauer Gemeinschaft den „Umsturz“ bekämpften, mit wahrer Berzuckerung gegen einander loszotoben zu sehen. Gegenüber der rauhen Wirklichkeit des wirtschaftlichen Interessentkampfes halten die Redensarten von den heiligsten Gütern der Nation nicht Stand.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schimpft auf die Kreuzzeitung, die Kreuzzeitung schimpft auf die Kölnische Zeitung und die Hamburger Nachrichten schimpfen unter dem Vorgeben, Frieden stiften zu wollen, auf alle. Kroppatschek schreibt seine berühmten Zuschriften aus der Provinz an sich selbst und schnaubt darin Gift und Galle gegen den guten Onkel Chlodwig. Dr. Dertel von der Deutschen Tageszeitung gefällt sich neuerdings in der Rolle eines John Hampden und verlangt mit der Miene eines Cato Aufklärung über das Beeinflussungs-Mundschreiben, das Rede, der Vater des Schießers, an „seine“ Landräte gerichtet haben soll. Auf der anderen Seite macht die Tante Wof bereits Toilette für die erhoffte Stellung als Regierungsorgan; Arthur Leysohn vom Berliner Tageblatt verwendet die Zeit, die ihm seine Trauer über die — französische Justiz läßt, dazu, um auszuknobeln, welches Portefeuille er im projektierten freisinnig-nationalliberalen Ministerium erhalten wird. Die Bankiers in der Tiergartenstraße rüsten zu dem Festmahle, mit dem sie Rickerts Ernennung zum Minister feiern wollen; das giebt umgekehrt wieder der Staatsbürgerzeitung Gelegenheit, mit dem markerschütternden Refamegeschrei, das ihr eigen, ein September-Abonnement auf den früheren Ahlwardt-Moniteur als das einzige Mittel anzupreisen, das gefährdete Vaterland aus den „Judenhänden“ zu retten. Um das Bild zu vervollständigen, bemerken wir noch, daß Eugen Richter ein Bureau für unentgeltliche Ratschläge an bedrängte Regierungen errichtet hat: er wird nicht müde, die Regierung zu bestürmen, daß sie zur Auflösung schreiten soll, indem er feierlich auf das weitaus größte Fell des zu erlegenden Bären zu Gunsten der Nationalliberalen verzichtet.

Wie komisch übrigens auch der Spektakel erscheint, so darf doch nicht vergessen werden, daß es sich tatsächlich um eine ernste Entscheidung handelt. Sollen die Junker im Lande Preußen allein herrschen oder sollen sie ihre Herrschaft mit der — namentlich industriellen — Bourgeoisie teilen? So lautet die Frage.

Die Beantwortung dieser Frage im Sinne der Bourgeoisie ist keineswegs so selbstverständlich, wie sich die liberalen Blätter den Anschein geben zu glauben.

Zunächst ist es gar nicht so einfach, wie man wohl denkt, für die Regierung, mit den Junkern zu brechen. Daß die Regierung ein Ausschluß der herrschenden Klassen ist, diese Winzenwahrheit ist so einleuchtend, daß sie allmählich selbst im Hirne der Tante Wof aufzudämmern beginnt. Den Kern dieser herrschenden Klassen bildeten nun aber bisher die Junker: soll das Geschöpf sich gegen den Schöpfer empören?

Zu diesem Zwecke müßten die Männer der Regierung aus ganz anderem Stoffe gebildet sein, als ihnen selbst ihre Schmeichler nachzusagen gewagt haben. Will man vielleicht von Reife staatsmännische Thaten erwarten? Soll er, der bisher für die Herrschaft der Junker sein alles eingesezt hat, jetzt plötzlich der Herkules werden, der die agrarische Fronde zertrümmert? Oder hofft man auf Miquel, den Ex-Kommunisten, Ex-Demokraten, Ex-Fortschrittler und Ex-Nationalliberalen? Oder auf Schönstedt, den scharfsinnigen Ausleger römischer Dichter und tief sinnigen Rechtslehrer? Oder auf den Festredner Bülow?

Nein, dies sind nicht die Männer, welche die feste Machtposition der Junker zu brechen wissen werden. Die tüchtigen liberalen Organe sehen dies auch ein. Sie hoffen alles von einem Ministerwechsel, d. h. um das Kind beim rechten Namen zu nennen, von einem Ueberritt des Kaisers auf die bourgeoisliberale Seite.

Wir ziehen aus erklärlichen Gründen vor, uns über die Hoffnungen der liberalen Bourgeoisie nicht zu äußern und begnügen uns mit dem einfachen Hinweis auf die Thatsache, daß es gemeinhin schlimmer mit einer Klasse bestellt ist, die auf eine Person ihre Hoffnungen setzt.

Günstiger für die Bourgeoisie ist, daß einmal der erreichte Grad der wirtschaftlichen Entwicklung und zum andern — was freilich nur die Folge der ersteren ist — die entscheidende Rückständigkeit des Junkertums für sie freier ist.

Auf alle Fälle sieht sich das Proletariat in der angenehmen Lage der lachenden dritten. —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Kronrat hat Mittwoch mittag stattgefunden, nachdem der preussische König eine Stunde vorher sich hatte von Lucanus Vortrag halten lassen und der Staatssekretär des Innern v. Bülow am Dienstag abend drei Stunden lang bei sich gesehen hatte. Ueber das Ergebnis der Sitzung verlautet nicht das geringste. Es taucht jetzt auch in bürgerlichen Zeitungen die Meinung auf, daß die Krisis nicht so schnell gelöst würde. Es wäre sogar zweifelhaft, ob überhaupt ein Minister gegangen würde. Man sieht, was man alles in Preußen für möglich hält. Der Gedanke an die Auflösung des Abgeordnetenhauses wird allseitig aufgegeben. Die Liberalen sind noch immer in großer Spannung. Wir dagegen können warten. —

Der Mutiae weicht stets zurück, ist die Devise des preussischen Ministeriums in Sachen der Kanalvorlage gewesen. Die Freisinnige Zeitung stellt zum Beweise dessen aus den letzten ministeriellen Erklärungen folgende Sätze zusammen: Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe verlas im Abgeordnetenhause vor Beginn der zweiten Beratung der Kanalvorlage am 15. Juni eine Erklärung im Namen der Staatsregierung, an deren Schluß es heißt:

Die Staatsregierung muß aber entscheidenden Wert darauf legen, daß die Vorlage noch in dieser Tagung des Landtags zur Erledigung gelangt. Vor Schluß der zweiten Beratung am 17. August 1899 erklärte Minister v. Miquel:

„Die Staatsregierung sieht die Sache als eine hochwichtige und die Entscheidung dieses Hauses als eine sehr ernsthafte Sache an. Ich bitte also, von diesem Standpunkt aus bei der schließlichen Abstimmung die Frage sich noch einmal vorzulegen, auf welche Seite sich der Vaterlandsfreund stellen muß.“ Minister v. Miquel schloß eine Rede in der dritten Beratung am Sonnabend mit den Worten:

„Ich habe die Ueberzeugung und muß es mit Bedauern sagen, daß der Widerstand der konservativen Partei ohne irgend welche Rücksicht auf die Gesamtlage des Landes in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sowohl in erster als in zweiter Richtung nur unheilvolle Folgen haben wird.“

Vor Schluß der dritten Beratung am Sonnabend erklärte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe:

„Die Frage des Mittellandkanals kann nicht allein und für sich behandelt werden, denn sie wird weittragende Folgen in Bezug auf das bisherige Verhältnis der konservativen Partei zur Regierung haben.“

Wie lange noch und aller Streit ist begraben. Der Mutige weicht immer zurück. —

Auf den Kaiser soll, wie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung aus parlamentarischen Kreisen aus Berlin gemeldet wird, ähnlich wie bei der Ablehnung des Volksschulgesetzes im Jahre 1892, am meisten verstimmend die Thatsache eingewirkt haben, daß man ihn, wohl von Seiten der Minister, so lange über die parlamentarische Lage im Unklaren gehalten habe. —

Die Kreuzzeitung droht, daß eine veränderte Stellung der Regierung zu den Konservativen im Abgeordnetenhause „unausbleiblich eine veränderte Stellung der Konservativen auch im Reichstag“ zur Folge haben müsse. Mit andern Worten heißt das: Liefern uns Preußen aus, dann werden wir dafür sorgen, daß wir ganz Deutschland verjunkerlichen. Die Regierung und die Nationalliberalen werden trotz allem den Konservativen gern entgegenkommen. —

Der Chef des Großen Generalstabes, General Graf v. Schlieffen, scheidet nach den Herbstmanövern aus seiner Stellung, die er seit dem 7. Februar 1891 inne hatte. Graf Schlieffen steht im Alter von 66 Jahren. Als sein Nachfolger ist der kommandierende General des Gardekorps, General v. Bock und Polach, ausersehen. —

Unter dem Verdachte der Spionage ist, wie die Königsberger Hartungische Zeitung meldet, am Montag in Villau ein Franzose Namens Müller aus Paris verhaftet und nach Königsberg transportiert worden. Im Hotel wurden seine Effekten durchsucht; es wurde nichts Belastendes gefunden. Müller soll für ein Pariser Blatt reisen. —

## Nachrichten aus dem Auslande.

In Graslitz in Böhmen ist die Ruhe noch nicht ganz eingekehrt. Als die Feldjäger abrückten, wurden sie mit Steinen beworfen und förmlich gegen den Bahnhof gedrängt. In einer außerordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung von Graslitz wurde ein Regierungsbeamter ausdrücklich als Urheber des Blutergießens genannt. Die vier Opfer wurden Mittwoch nachmittag beerdigt. Da die Abgeordneten Hofer und Dr. Verkauf der Behörde gegenüber die Verantwortung

übernommen hatten, daß die Ruhe nicht gestört werden würde, wurde die Bewilligung erteilt, daß sich der Leichenzug vom Marktplatz aus zum Kirchhof bewegen dürfe. Der sozialistische Schriftsteller Karl Wiesenthal aus Leipzig, der in einer Druckschrift bei Karlsbad einen Vortrag halten sollte, wurde aus Oesterreich ausgewiesen, da — wie es in dem betreffenden Bescheide heißt — Wiesenthals Aufenthalt in Oesterreich aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung sich als unzulässig darstellt. Wiesenthal hatte schon vorher in Nordböhmen einige wissenschaftliche Vorträge gehalten. —

In Eger versuchten etwa 300 Personen eine Kundgebung zu veranstalten. Nachdem sie mehrere Straßen durchzogen hatten, wurden sie von der Polizei zerstreut. Bald herrschte wieder völlige Ruhe. —

In Belgien hat der Wahlauschluß den Grundsatz des Proportionalwahlsystems mit sechs gegen eine Stimme angenommen. Ministerpräsident de Smet de Naeyer erklärte, die Regierung werde der Einführung des Disproportionalismus nach Provinzen zustimmen, die Kammern aber erst nach dem Ablauf der gegenwärtigen Tagung, also im Mai nächsten Jahres, auflösen. Eine Vermehrung der Zahl der Deputierten lehnt die Regierung ab, ebenso die von den Progressisten geforderte Ausdehnung des Proportionalsystems auf die provinzialen und kommunalen Wahlen. —

In dem holländischen Ort Hilbersum entstanden in der Nacht zum Dienstag wegen Unterjagung des Jahresmarktes ernste Ausschreitungen. Gegen 11 Uhr abends rotteten sich Volkshaufen zusammen, zogen durch die Straßen, zertrümmerten die Fenster Scheiben im Hause des Bürgermeisters, sowie in mehreren Willen und Läden und zerbrachen die Gaslaternen. Da die Ortspolizei nicht stark genug war, um die Ruhe wiederherzustellen, erbat der Bürgermeister eine Abteilung Bürgergarde. Am Dienstag ist der Belagerungszustand erklärt worden, auch sind Abteilungen Infanterie- und Kavallerietruppen eingetroffen. Die Unruhen dauerten auch am Dienstag noch fort. Gegen 7 Uhr abends begann die Menge mit Steinen zu werfen und das Straßenpflaster aufzureißen. Die Kavallerie griff mit gezogenem Säbel an, aber das Werfen mit Steinen dauerte fort. Nach der üblichen Aufforderung schoß die Infanterie. Wie es heißt, sollen eine Person getötet und zwei Personen verwundet sein. Nach Mitternacht herrschte vollständige Ruhe. —

In Außersihl-Zürich in der Schweiz wurde am Sonntag bei einer Erntewahl in den Großen Stadtrat unser Genosse Karl Junf mit 2809 gegen 2032 Stimmen, welche auf die beiden Kandidaten der Demokraten und Liberalen fielen, gewählt. In diesem Kreise hat die sozialdemokratische Partei die sichere Mehrheit und darum wollen ihn die bürgerlichen Parteien in zwei Kreise zerlegen, weil dessen Verwaltung zu „schwierig“ sei. Die Sozialdemokraten haben aber offen dieses Gebahren dargelegt und als alleinigen Grund für die Zerlegung des Kreises die parteipolitischen Motive enthüllt. Auf eine raffinierte Wahlkreis-Geometrie haben sich die bürgerlichen Parteien in der Schweiz noch immer gut verstanden, wie irgend eine monarchische Regierung. — Im Kanton Solothurn besteht noch der Zwang, der jedoch bereits viele Gegner hat. Nun haben unsere Genossen sich der Sache bemächtigt, ein Initiativbegehren für dessen Abschaffung aufgestellt und dafür in kurzer Zeit 2132 statt der erforderlichen 2000 Unterschriften aufgebracht. Es wird also zur Volksabstimmung kommen. —

In Serbien wird der Prozeß wegen des Attentats auf Wilan am kommenden Mittwoch beginnen. Im ganzen sind 13 Personen angeklagt. Die Anklage zerfällt in drei Teile und richtet sich gegen den Attentäter Knezevic selbst, gegen die intellektuellen Urheber des Attentats und gegen diejenigen, welche von dem Attentate Kenntnis hatten und den „Umsturz“ vorbereiteten. —

## Menterei im französischen Heer.

Der Militarismus in Frankreich zeitigt immer lieblichere Blüten. Während sich in Rennes die tapferen Generale, von denen eine chauvinistische Phantasie die Zurückeroberung Elsas-Lothringens und einiger nicht zu kleiner Dependenzen erhofft, sich als zitternde und plärende Komödianten erweisen, deren Feigheit vielleicht nur noch von ihrer Skrupellosigkeit übertroffen wird, spielt sich im westlichen Sudan ein Drama ab, das in seiner gemeinen Rohheit und Disziplinlosigkeit auf die inneren Zustände in der „glorreichen“ Armee fast noch ein traurigeres Licht wirft, als die Fälschungen und Durchstechereien im Generalstab.

Die Aufrechterhaltung der Disziplin im Heere, das ist das Schlagwort, das so manchen Anhänger der Derouledes zu seiner Stellungnahme in der „Affaire“ bestimmt hat, um







# Nachrichten aus Magdeburg.

**Fischer Magdeburgs!** bewahrt den auswärtigen Kollegen das Solidaritätsgefühl! Die Berliner Bauarbeiter stehen in einem Lohnkampf mit ihren Unternehmern. Der Tischlermeister Wolf hier, Rognerstraße wohnhaft, hat dort ebenfalls einen größeren Bau auszuführen, die Forderungen jedoch nicht anerkannt. Wolf will nun Magdeburger Anschläger und Einheber nach Berlin senden, um die Arbeit fertigzustellen. Auskunft hierüber wird sofort erbeten an Albert Gorgas, Fahlhochberg 5.

**Wider die Gewerkschaften!** Der Magdeburger Anzeiger, das Organ der Konservativen am Orte, der über die Situation, in welcher sich die konservative Partei infolge der Ablehnung der Kanalvorlage befindet, noch keine Worte gefunden hat und sich damit begnügt, die Presstimmen anderer Blätter zum besten zu geben, sucht augenscheinlich seine Leser über die gegenwärtige kritische Lage hinwegzuführen, indem er im Interesse der Zukunft die Lage auf die Gewerkschaften pakt. In einem mit w. gezeichneten, also an „Wachzettel“ erinnernden Artikel wird die von der General-Kommission veröffentlichte Statistik über die deutsche Gewerkschaftsbewegung benutzt, um den Nachweis zu führen, daß die Gewerkschaften die Träger der sozialdemokratischen Agitation von Person zu Person, in Werkstatt und Fabrik sind, sie sind die Vollstrecker des Koalitions-Zwanges und die lautesten und eifrigsten Verkünder jener modernen Streikrechts-Lehren, wonach den Arbeitwilligen gegenüber alles, auch der brutalste Terrorismus, gestattet und gerechtfertigt ist. Daß der diesjährige Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. in seinen Resolutionen, speziell in der über die Tarifgemeinschaften, gerade das Gegenteil als Leitmotiv für die Zukunft festgelegt hat, kümmert die Redaktion nicht, vermutlich weil sie es nicht weiß. Nachdem dann auf die Zunahme der Gewerkschaften um rund 80 000 Mitglieder hingewiesen worden ist, heißt es weiter: „Zur Beschaffung der Mittel für die gewerkschaftliche Organisation setzen wir ein regelrechtes Steuerhysterium in Tätigkeit. Zunächst wird ein Eintrittsgeld erhoben, das sich in seiner Höhe zwischen 50 Pfennig und 2.25 Mark bewegt. Die Wochenbeiträge schwanken zwischen 20 bis 50 Pfennig. Dazu kommen dann „Delegierten-Steuern“ für den Verbandstag, Beiträge für die General-Kommission, Extrabeiträge, freiwillige Beiträge, Vereinsbeiträge und Abkommensbeiträge. So beträgt die Jahressteuer in einzelnen Gewerkschaften mehr als 90 Mark, wohl gemerkt: zu „normalen Zeiten“. Man: „Es sich einmal das Geheiß vor, das entstehen würde, wenn auch nur in kleiner Beachtung davon für öffentliche Zwecke von Staat und Gemeinden erhoben würde. Auf solche Weise ist aus Arbeitererträgen für gewerkschaftliche Organisationszwecke im Jahre 1898 eine Einnahme von 5,5 Millionen Mark erzielt worden. Das sind die Summen, die von deutschen Arbeitern unter dem terrorisierenden Zwange der Sozialdemokratie allein für die Gewerkschaften hergegeben werden. Rechnet man die Ausgaben für die politische Parteiorganisation und die enormen Verluste an Lohn hinzu, die durch die vielen Streiks veranlaßt werden, so muß man zu dem Schluß kommen, daß ein großer Teil der Arbeiter es sich selber zum Vorwurfe machen kann, wenn der Verdienst trotz stetig steigender Löhne kaum zum Lebensunterhalt, geschweige denn zu Erparnissen ausreicht.“ Aus diesen Zeilen spricht nur der Verleger der besagten Klassenblätter, daß die Arbeiterkraft trotz der Drangsalierungen aus eigener Kraft so gewaltige Summen aufbringt, das Solidaritätsgefühl sich so glänzend bewährt. Der Artikelverleger hätte aber eher sich sein und den Teil der Statistik, der den Nachweis über die Verwendung der Summen bringt, nicht unter schlagen sollen. Bekanntlich ist eine riesige Summe an Kranken-, Reise-, Arbeitslosen- und Invaliden-Unterstützung gezahlt worden, außerdem sind bedeutende Gelder verausgabt für Umzugskosten und zu Beihilfen in Sterbe- und Notfällen, und für Gewährung von Rechtschutz in gewerblichen Streitfällen und selbstverständlich auch über eine Million zu Streikunterstützungen bei Lohnkämpfen. Von alledem ist in dem Artikel aber nichts erwähnt. Die Wahrheit mußte unterdrückt werden, weil sonst der Zweck des Artikels, die Gewerkschaften als im Dienste der sozialdemokratischen Partei stehende Vereine zu denunzieren, nicht erreicht worden wäre. Gewiß haben die deutschen Arbeiter Millionen aufgebracht, aber sie haben dies im Interesse ihrer Klassengenossen, für die Arbeitslosen, Kranken, Invaliden und Bedürftigen unter ihnen gemacht, sie haben mit Freuden die Gelder für die um eine bessere Existenz ringenden Arbeitsbrüder aufgebracht und dadurch viel Not, Sorge und Kummer, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch gemildert. Nicht unterdrücken, nicht skandalisieren und denunzieren sollte man deshalb die deutschen Gewerkschaften, sondern ihnen im Gegenteil eine gesunde Grundlage, die Gleichberechtigung mit anderen wirtschaftlichen Vereinigungen verleihen. Wir sind jetzt überzeugt, die deutschen Gewerkschaften würden dann aus eigener Kraft mehr für ihre Klassengenossen, für die deutsche Arbeiterschaft thun, als durch die ganze sogenannte Sozialgesetzgebung angeblich für die arbeitenden Klassen in Deutschland gethan worden ist.

**Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft** durch die Unternehmer muß auf dem Wasser eine sehr große sein, daß selbst das Oberpräsidium der Provinz Sachsen Veranlassung nimmt, in einer Befehlsanweisung, der es an Deutlichkeit nicht mangelt, vor zu geringer Bemannung der auf der Elbe verkehrenden Fahrzeuge zu warnen. Diese Befehlsanweisung hat folgenden Wortlaut:

Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß die auf der Elbe verkehrenden Fahrzeuge häufig nicht mit der im § 7 der Polizeiverordnung für die Schiffsahrt und Flößerei auf der Elbe vom 13. Februar 1894 vorgeschriebenen Zahl von Bedienungsmannschaften besetzt sind. Dieser Mißbrauch gefährdet nicht nur das eigene Fahrzeug und seine Ladung, sondern auch andere Fahrzeuge und kann beim Zusammenstoßen unglücklicher Umstände die Ursache erheblicher Störungen der Schiffsahrt sein. Den Schiffsahrttreibenden bringe ich hierdurch zur Kenntnis, daß die nicht den Vorschriften entsprechende Bemannung der Fahrzeuge zukünftig mit der höchsten zulässigen Strafe geahndet werden wird und daß die Zuwiderhandelnden im Wiederholungsfall die Entziehung des Schiffspatents zu gewärtigen haben.

Die Stromaufsichtsbeamten sind angewiesen, die gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßenden Schiffsführer unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

## Ober-Präsidium der Provinz Sachsen. Elbflottille-Verwaltung.

Zu Betretung: Davidson.  
Das Vorgehen der Elbflottille-Verwaltung verdient unsere volle Anerkennung. Es zeigt sich auch hier wieder, wie notwendig eine starke Organisation ist, um den beschriebenen Bestimmungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen. Es soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß die Organisationen sich zu Demunziations-Körperschaften ausbilden sollen, aber die Vergangenheit hat es gelehrt — wir erinnern nur an die Bäckervereinigung —, daß diese Bestimmungen nur dort ganz respektiert werden, wo der Arbeiter auf seinem Recht besteht. Und hierbei gewährt ihm seine Organisation zunächst die notwendige Unterstützung über das, was er zu verlangen hat, andererseits stellt sie ihm aber auch einen Rückhalt, falls es zu Differenzen kommen sollte. Den Elb- und Hafnarbeitern im besondern empfehlen wir, diese Bekannmachung der obersten Aufsichtsbehörde über die Elbflottille im Interesse einer Erstickung ihrer Organisation agitatorisch zu oerwerten.

Die **Betriebs-Einnahmen** der preussischen Staatsbahnen betragen im Juli 109,9 Millionen Mark, das sind 4,4 Millionen mehr, als im Juli 1898. Auf den Kilometer entfielen 3671 Mark, 50 mehr als im Vorjahre. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr wurden 40,6 (+ 1,7) Millionen, aus dem Güterverkehr 69,2 (+ 2,6) Millionen Mark eingenommen. In den ersten drei Monaten des gegenwärtigen Betriebsjahres betragen die Gesamteinnahmen 433,39 Mark, 22,8 Millionen mehr, als im selben Zeitraum 1898; aus dem Gepäck- und Personenverkehr 136,5 (+ 6,58) Millionen, aus dem Güterverkehr 270,7 (+ 14,5) Millionen Mark.

Der Centralverband der **Gemeindebeamten in Preußen** hat am Sonntag in Freienwalde seine Hauptversammlung abgehalten. Nach dem Geschäftsbericht zählt der Verband zur Zeit 5762 Mitglieder. Der Vermögenszuwachs betrug im verfloßenen Jahr 1793,50 Mark.

Von den gefassten Beschlüssen sind hervorzuheben: die Gründung eines Unterstufungs-Fonds, die Errichtung einer Krankenkasse, einer Spar- und Darlehnskasse und die Gründung einer Verbandsbuchhandlung.

**Strafensperre.** Wegen Geleisverlegungen für den elektrischen Straßenbahnbetrieb wird das Fürstenufer zwischen der Fürstenwallunterführung und dem Alten Brückthor auf sechs Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

**Der Circus Wulff**, der am Sonnabend in dem massiven Circusgebäude am Kaiser Wilhelmplatz einen größeren Cytus von Vorstellungen beginnt und dessen Darbietungen allseitig als bewundernswürdig bezeichnet werden, hat seine Abschiedsvorstellung in Steintin am Mittwoch gegeben und trifft, da die Vorbereitungen zur Reise zu längere Zeit in Anspruch nehmen, Freitag, den 25. d. M., vormittags 9 Uhr 58 Minuten, mittelst zweier Sonderzüge von 36 Waggons in Magdeburg (Eilzugbahnhof) ein.

**Sandgerichtspräsident Petreus** in Magdeburg gehört, wie in der Kreuzzeitung zu lesen, zu den Richtern, die sich nach erfolgter Umfrage bereit erklärt haben, auf Grund des Gesetzes vom 13. Juli d. J., in den Ruhestand zu treten.

**Der Parzklub** hält am kommenden Sonnabend, Sonntag und Montag seine diesjährige Hauptversammlung in Magdeburg ab. Der Parzklub, der ca. 15 000 Mitglieder zählt, hat sich in lohnenswerter Weise die Erziehung des auch von Magdeburgern gern besuchten Harzgebirges zur Aufgabe gestellt. Auf allen Wegen zeigt sich den wandernden Harzbesuchern die helfende Hand dieses Vereins.

**Ein Sonderzug nach Leipzig** wird am Sonntag, den 3. September verkehren. Abfahrt von Magdeburg 6.50, von Budau 6.56, von Westerbüßen 7.04. Fahrpreis 3. Klasse 3 Mark, 2. Klasse 4.40 Mark. Anfuhr in Halle 8.43, in Leipzig 9.27 Vorm. Rückfahrt von Leipzig abends 10.40, von Halle 11.24. Die Fahrkarten gelten nur zum Sonderzuge. Es ist zulässig, die Fahrt in Halle zu beenden und die Rückreise von dort auszutreten. Freigebäck wird nicht gewährt. Der Verkauf der Fahrkarten findet nur am Tage vor der Fahrt statt und wird abends 7 Uhr endgültig geschlossen. Ein weiterer Sonderzug wird nicht gefahren.

**Vom bürgerlichen Gesetzbuch.** Die Vormundschaften der Mütter für ihre Kinder hören mit dem 1. Januar 1900 auf. Eine Witwe, welche die Vormundschaft über ihre Kinder führt, erhält mit dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches, 1. Januar 1900, die elterliche Gewalt über diese Kinder. Aus diesem Anlaß haben bereits verschiedene Gerichte im deutschen Reich an die Vormünderinnen ihres Amtsbezirks das nachstehende Schreiben gesandt: Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß Ihnen als Mutter über Ihre Mündel, in Gemäßheit des § 1684 des am 1. Januar 1900 in Kraft tretenden bürgerlichen Gesetzbuches vom 1. Januar 1900 als die elterliche Gewalt zusteht, die bei dem hiesigen Gericht geführte Vormundschaft mit dem genannten Zeitpunkt daher aufgehoben wird. Die Ihnen erteilte vormundschaftliche Bekallung ist Anfang 1900 ohne weitere Aufforderung zu den Akten zurückzugeben.

# Nachrichten aus der Provinz.

**Apolda.** (Nachtigallensteuer.) Um die Nachtigallen vor Verfolgung und Fang zu schützen, hat die Gemeindebehörde eine Nachtigallensteuer von 18 Mark jährlich eingeführt. Sobald jemand eine Nachtigall kauft oder auf andere Weise erhält, hat er dies binnen 24 Stunden anzuzeigen, sonst verfällt er in eine Strafe von 36 Mark.

**Wenddorf.** (Kollektiert zum Sedanfest.) Am 19. August ging der Gemeindevorstand von Haus zu Haus, um eine Kollekte zu sammeln zur Feier des diesjährigen Sedanfestes. Viel besser wäre es, wenn nun endlich einmal mit der Sitte der Feier gebrochen würde, da doch die Mehrzahl des Volkes von ihr nichts mehr wissen will. Auch in Wenddorf hat es die letzte Reichstagswahl bewiesen, daß die Mehrzahl sozialistisch genonnen ist. Doch das kümmert die Herren nicht, der Gemeindevorstand wird befohlen und er hat zu gehorcht.

**Burg.** (Großfeuer.) Am Montagabend hat schon wieder ein großes Schadenfeuer unsere Stadt heimgesucht, nachdem sich die Gemeindevorstand von den letzten großen Bränden Ende voriger Woche etwas beruhigt hatten. Gegen 11 1/4 Uhr melbete die Signalbläserin und die Sturmglocken „Großfeuer“. Es stand auf dem Deich die in dem Kolbachtischen Grundstück befindliche Tischlerei von Wollschläger in vollen Flammen, die auch das vordere Wohnhaus ergrieffen. Nur mit großer Mühe konnten die Bewohner, die größtenteils schon schliefen, gerettet werden, während viele Sachen verbrannten. Nach hundentlanger Arbeit gelang es den beiden Feuerwehren, die unliegenden Gebäude zu halten und den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Nähe der Ahle erleichterte die Löscharbeiten. Leider ist auch bei diesem Brande ein Teil der Abgebrannten nicht versichert.

**Burg.** (Eittlichkeitsverbrechen.) Am vergangenen Sonntag nachmittag gegen 7 Uhr wurde das in der Oberförsterei in Stellung befindliche Dienstmädchen auf dem Wege zur Stadt auf der Waldchausee im „Brehm“ von einem in den 20er Jahren stehenden Individuum in unzüchtlicher Weise belästigt, jedoch verweilte ein auf der Waldchausee daherkommender Radfahrer die verbrecherische Uebeltat Der Unhold entkam aber unermant. Etwa zwei Stunden später wurde auf der Chausee am Brehmer Damm anscheinend von demselben Individuum ein ähnlicher Notzuchtversuch gegen eine Dame aus Neesen unternommen. Der Verbrecher wird wie folgt beschrieben: Alter 23 bis 25 Jahre, trug röllichen Schnurrbart, braunen weichen Filzhut, dunklen Jaden-Anzug, kurzes weißes Vorhemd, weißen Stehstragen, helle Kravatte mit dunklen Punkten. An dem Thortorte hat der Verbrecher einen baumwollenen Regenschirm mit hellbraunem Schirmstoff, hellbrauner großgebogener Krücke mit Metallbeschlag zurückgelassen; ferner ein weißliches Taschentuch, worin die Zeichen fehlen, nur befindet sich in der einen Ecke des Taschentuches ein weißer Faden, welches Zeichen jedenfalls von der Wajchrau des Verbrechers herrührend ist.

**Nieder-Sachswerfen.** (Verbrannt.) Auf dem Hofe eines Arbeiters geriet ein großer Haufen Stroh, vermutlich durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, in Brand. Das nachstehende Haus wurde sofort von den Flammen mit ergriffen. Als man das Feuer gelöscht, vermüßte man ein fünfjähriges Kindes Kind. Man fand den verbrannten Körper unter der Asche des Strohaufens.

**Westerbüßen.** (Wie hierorts die Steuern gebucht werden.) § 120 der Landgemeindeordnung schreibt vor, über alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde muß ein Gemeinderechnungsbuch geführt werden. In das Rechnungsbuch sind die Einnahmen sofort nach der Vereinnahmung einzutragen (Ministerial-Anweisung III. C. 7). Wird das nun ordnungsgemäß ausgeführt, dann kann es nicht vorkommen, wie schon in Fernerleben Klage geführt worden ist, daß Leute, nachdem dieselben ihre Steuern entrichtet, vom Ortssteuererheber einen Mahnzettel bekommen. Das hat sich nun auch in Westerbüßen wiederholt. Eine Witwe hatte am 14. August 3.30 Mark Steuern entrichtet. Beweis: Quittung des Steuerzettels und Anwesenheit des Gemeindebediensteten. Am 19. August wurde ihr vom Gemeindebediensteten, von demselben der beim Steuerzahler zugewen war, ein Mahnzettel überbracht mit der Aufforderung, ihre Steuern in Höhe von 3.30 Mark zu entrichten, widrigenfalls zur Pfändung geschritten werden müsse, mit der Unterfertigung des Ortssteuererhebers Müller. Ein Glüd für die alte Frau, daß sie die Quittung aufgehoben hatte, sonst müßte sie das Geld thatsächlich nochmals bezahlen. Darum Vorsicht! Hebt die Quittungen auf!

# Kleine Chronik.

Das **Pirnaer Bahnunglück** hat noch ein Opfer gefordert. Der Bahnwärter, welcher nach der Unfallstelle eilte, um nach seiner Tochter zu suchen, und dabei unter die Räder der Maschine geriet, ist am Sonntag infolge der furchtbaren Verwundungen, welche er dabei erlitt, gestorben.

Der **Popajient** Friedrich Müller aus Elbing, der nach Unterschlagung von 5380 Mark antlicher Gelder flüchtig geworden, ist in Ridden auf der Ruffischen Wehrung ergriffen worden. In seinem Besitz wurde ein Barbet-ag von 3684 Mark vorgefunden.

Unter dem Verdachte des **Mädchenhandels** wurde am Dienstag in Thon der Tapezierer Adolph Wank aus Friedenau verhaftet.

Dieser hat unter dem Namen einer adeligen Dame brieflich mit einem Stellung suchenden jungen Mädchen aus Thon wegen Engagements als Gesellschaftlerin verhandelt. Als er daselbe am Dienstag zum Renzbois in den Thoner Stadtpark bestellte, wurde er von der dortigen Polizei verhaftet.

In **Fulda** haben Bürgermeister und Magistrat die Kemter nebergelegt. Die Gründe liegen in finanziellen Fragen.

Durch **Feuer** wurde Sonntag früh in Bremerhaven die elektrische Kraftstation der Straßenbahn vollständig zerstört.

Der **Hirtentnabe** Franz Spat starb beim Edelweißsuchen an den Felswänden des hohen Weisich in eine Tiefe von 100 Metern und blieb sofort tot.

Infolge eines **Orkans** sind an der Küste von Südkarolina zwei Fischerdörfer durch Flutwellen überschwemmt worden. In dem einen Dorfe sind 20, in dem anderen 36 Personen ertrunken.

Die **Hungersnot** in Vorderindien scheint jetzt fast un vermeidlich geworden zu sein, wenigstens was den größeren Teil der Präsidenschaft Bombay und der Centralprovinzen betrifft. Die Ernte verbrannt immer mehr, der Preis des Kornes und Meises steigt, das Viehstier ist selten und der Monsun schwächer. Die Regierung in Bombay trifft umfassende Vorbereitungen gegen die drohende Not.

Am **1. September** sind in Dporto am Montag zwei Personen gestorben, ferner wurde eine neue Erkrankung konstatiert. Die Isolierung von Dporto durch einen Militärkorps ist beschloßen worden. — Eine sensationelle Mitteilung bringt ein englisches Blatt, die „Evening News“ berichten, daß ein Pestfall augenblicklich im Spital von Middle-Essex behandelt wird.

Angehts der sich mehrenden Pestfälle in Dporto hat der Deutschen medizinischen Wochenschrift zufolge im Ministerium des Innern vor einigen Tagen eine Sitzung unter Teilnahme von Fachmännern zur Beratung etwaiger gegen die Verschleppung der Seuche nach Deutschland zu ergreifender Maßnahmen stattgefunden. Die gewöhnlichen Quarantäneeinrichtungen wurden einstweilen für ausreichend erachtet.

Die **Pestpanik** scheint ganz Spanien zu ergreifen, seitdem am Sonnabend zuerst gerichtliche und dann offiziell das Auftreten der ersten Pestfälle aus den verschiedensten Gegenden Spaniens gemeldet worden ist. Die in Madrid mit dem Expresszuge eingetroffenen Reisenden wurden sämtlich isoliert und einer gründlichen ärztlichen Untersuchung und Desinfektionsmaßregeln unterworfen. In Portugal selbst hat die Seuche mehrere kleine Ortschaften ergriffen, ohne daß die Zahl der dortigen Krankheitsfälle offiziell bekannt gemacht würde.

# Bereite, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonntag, den 20. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, tagte im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38, die regelmäßige Monatsversammlung des Vereins der Maschinisten und Heizer von Magdeburg und Umgegend. Zur Betsprechung stand die Aussperrung der dänischen Arbeiter. Am Anschluß hieran wurde bekannt gegeben, daß der Verbandsvorstand zur Unterstützung der Ausgesperrten 250 Mark bewilligt hat. Es wurde beschloßen, aus der Vereinskasse außerdem noch 30 Mt. zur Unterstützung der dänischen Arbeiter zu bewilligen. Am Sonntag, den 3. September, nachmittags 6 Uhr, soll die Konsumbörser besichtigt werden. Treffpunkt 5 Uhr im „Bürgerhaus“. Aufgenommen wurden vier neue Mitglieder.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Versammlungen finden statt am Sonnabend, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Neue Neustadt im „Weißem Hirsch“, Friedrichsplatz 2. Branche der Klemperer bei Großthum, Kleine Klosterstraße 15—16. — Sonntag, den 27. August, abends 8 Uhr: Bezirk Döbenstedt im Lokale des Herrn August Schinte zu Döbenstedt. — Alles nähere siehe im Inserat der folgenden Nummer der Volksstimme.

**Am die Formner von Magdeburg und Umgegend.** Die Leipziger Fabrikanten haben den Einigungsversuch, der vom Gewerbegericht auf Antrag der streikenden Formner unternommen wurde, abgelehnt. Sie sind in dem Glauben, dieser Schritt sei von den Streikenden unternommen worden, weil ihre Mittel erschöpft sind. Bestärkt wurden die Fabrikanten dadurch, daß außerhalb Leipzigs viel Guß angefertigt wird für Leipziger Fabriken. Es ist nun dringend notwendig, daß die Leipziger Arbeit mehr als bisher von den Formnern beachtet wird. Der Streik der Formner in Leipzig wird unnötig in die Länge gezogen dadurch, daß überhaupt Leipziger Guß angefertigt wird. Soll die Verweigerung der Leipziger Arbeit wirken, dann muß in den anderen Städten auf alle Modelle scharf acht gegeben werden. In den nächsten Tagen wird sich eine öffentliche Formnerversammlung mit dem Leipziger Formnerklub beschäftigen. Alle Angaben über die Leipziger Modelle sind an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Tischlerstr. 28, S. r. p., zu richten.

**Sonnabend, 26. August:** Radfahrerklub „Stern“. Abends 8 Uhr gemeinschaftliche Abfahrt von „Friedrichsplatz“ nach dem „Luisenpark“ zum Vergnügen. Ur zahlreiche Beteiligung bittet der Fahrwart. Verband der Sattler und Tapezierer. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr, in der „Durgallee“, Tischlerstr. 28.

# Letzte Nachrichten.

**Berlin.** Eine Beilage der Mittwoch-Nummer des **Vorwärts** ist in der Frühe konfiszirt worden. Ueber den Grund ist die Redaktion im Unklaren. Es wird angenommen, daß in der Epigramme einer provinziellen Notiz eine Majestätsbeleidigung erblickt wird, was aber unhaltbar ist. Die Beilage wird bald wieder freigegeben werden müssen. — Dem **Herrnhaufer** hat jerner der preussische Justizminister den Antrag gestellt, den **Vorwärts** wegen eines Stimmungsberichts über eine Sitzung des Hauses, der unter der Ueberschrift „Ein Tag der Herren“ erschien, strafrechtlich zu verfolgen. Es ist möglich, daß sich das Herrenhaus darauf einläßt. Das wird dann eine heitere Verhandlung geben.

**Leipzig.** Wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, ist in Leipzig eine **Lohnbewegung der Fischer** ausgebrochen. Die Leipziger ersuchen ihre Kollegen, das zu beachten.

**London.** Das Bureau Reuter erfährt, daß die Antwort der Regierung von **Transvaal** auf die Depesche Chamberlains in ihrem vollen Wortlaut in London eingetroffen ist. Der Inhalt der Antwort wird geheim gehalten, jedoch wird gemeldet, daß über die betreffende Depesche augenblicklich von der Regierung beraten wird.

**Paris.** Der Redakteur der **Sibire Parole**, **Drauff**, wurde verhaftet. Er hat eine ihm wegen Beschimpfung des Gouverneurs von Algier zuerkannte Zwangs Haft abzusitzen. Drumont und ein Geschäftsführer der **Sibire Parole** begaben sich zum Polizeichef, um seine Freilassung zu erwirken, wurden aber abschlägig beschieden. — Der Untersuchungsrichter Fabre unterzeichnete laut Magdeburgerischer Zeitung einen Haftbefehl gegen **Kocherfort**. Dieser ist nach der Schweiz geflüchtet.

# Marktberichte.

**Magdeburg.** Erbsen (gelbe zum Kochen) 17,00—21,00 Sveißebohnen (weiße) 17,00—38,00. Linen 25,00—49,00. Eckartoffeln 4,50—5,00. Nichtstroh 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Feu 5,50—6,50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,08, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Ralbfleisch 1,20—1,40. Schmelzfleisch 1,30 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Eßstutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,00—4,00.

# Briefkasten.

**R. A. in Budau.** Drei Monate. —







## Die Massenaussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 22. August 1899.

Gestern hat der Unternehmerverein seine in Aussicht gestellte Ausdehnung der Aussperrung ins Werk gesetzt. Sämtliche Schneidergesellen, die Huf- und Wagenschmiede, die Schlosser, sämtliche Arbeiter in den Zementfabriken sowie die bei den Straßen- und Eisenbahnbauten beschäftigten Arbeiter und die Steinleger wurden auf die Straße geworfen. Im ganzen ist die Zahl der Ausgesperrten dadurch **um 10 000 Mann erhöht worden**. Außer den gestern auf die Straße geworfenen Schneidergesellen sollen auch die weiblichen Arbeiter in den Herren-Konfektionsgeschäften ausgesperrt werden. Ihre Anzahl beläuft sich auf ca. 2000, wodurch die Zahl der Ausgesperrten **im ganzen um 12 000** wachsen wird.

Die Aussperrung wurde am 19. Mai dekretiert und geht also jetzt in den **vierten Monat**. Sie fing mit 10 000 Mann an und beträgt die Zahl der von den Kapitalisten auf die Straße geworfenen Arbeiter inkl. denjenigen, welche sie in den nächsten Tagen noch hinauswerfen wollen also ca. **52 000**.

Die jetzt vorgenommene Ausdehnung der Aussperrung übt eine doppelte Wirkung auf unsere Stellung aus. Teils haben diejenigen, welche jetzt auf die Straße geworfen werden, bisher getrennt jede Woche ihre Beiträge zur Unterstützung der Ausgesperrten bezahlt, welche Beiträge also nun ausbleiben müssen, und teils wird die Zahl der zu unterstützenden dadurch erhöht. Die Wirkung ist also die, daß die Beiträge von den Arbeitern hier im Lande verringert, während unsere Verpflichtungen mit Rücksicht auf die Unterstützung in einem hohen Grade vermehrt werden.

Ramenlich wird das Hinauswerfen der weiblichen Herren-Konfektionsarbeiter unsere Stellung bedeutend verschlechtern. Ein großer Teil dieser Arbeiterinnen sind Frauen der schon früher Ausgesperrten und sie haben durch ihre Arbeit dazu beigetragen, den häuslichen Herd aufrechtzuerhalten. Wenn diese nun auch auf die Straße geworfen werden, stehen die betr. Familien ohne jede andere Unterstützung als diejenige, welche wir imstande sind, ihnen zu verschaffen.

**Jetzt gestehen die Arbeitgeber öffentlich ein, daß es ihre Absicht ist, unsere gewerkschaftlichen Organisationen zu vernichten.** Sie machen bekannt, daß die Aussperrung nur denjenigen Arbeitern gilt, welche den Gewerkschaften angehören, und sie verlangen, daß die Arbeiter, wenn sie verhindern wollen, auf die Straße geworfen zu werden, eine Erklärung unterschreiben sollen, daß sie keiner gewerkschaftlichen Organisation als Mitglieder angehören.

Sämtliche Arbeiter in den Branchen, welche von der Aussperrung betroffen wurden, sind Mitglieder ihrer betr. Gewerkschaft, und sie haben insgesamt den schändlichen Versuch der Arbeitgeber, sie zu Verrätern an ihren Kameraden zu machen, mit Verachtung zurückgewiesen.

Die Arbeitgeber hegen, wie bisher, die Hoffnung, daß **der Hunger** uns zur Unterwerfung zwingen soll. Wir hoffen jedoch, daß dieses nicht gelingen wird und wir sind

nach wie vor fest entschlossen, den Kampf für unsere Rechte und für unsere Organisation bis zum äußersten zu führen. Aber um diesen riesenhaften Kampf siegreich bestehen zu können, müssen wir in einem höheren Grade als bisher auf die Solidarität rechnen.

Unsere Stellung wird mit jedem Tage schwieriger, unser Kampf wird schwerer und schwerer. Unsere eigene Widerstandskraft wird durch das vermehrte Hinauswerfen geschwächt. Ohne energische Hilfe wird unsere Selbstständigkeit verloren gehen, unsere Organisationen, die die Arbeit so vieler Jahre zur Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Tyrannei ist, würden zusammenbrechen. Laßt dieses nie geschehen! — Mit brüderlichem Gruß

Für die Central. Gewerkschaftsverbände in Dänemark:  
P. Knudsen.

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Reform des **Kommunal-Wahlrechts** ist, wie mitgeteilt, in der Kommission des Abgeordnetenhauses nunmehr zu Fall gebracht und der Finanzminister Miquel hat von der Thatsache bereits mit hoflicher Verbeugung Notiz genommen. An sich braucht man ja dieser Reform keine Thräne nachzuweinen, denn dieses angeblich reformbedürftige Gesetz ist gar nicht zu reformieren, sondern muß beseitigt werden. Die Zustände, die das jetzt geltende Wahlgesetz schafft, werden von Jahr zu Jahr ungeheurerlicher. Während vor 10 Jahren, schreibt der Vorwärts, die Zahl der eingeschriebenen Wähler der ersten Abteilung in Berlin noch über 5000 betrug, war sie bis vor 2 Jahren unter 1200 gesunken, und heute beträgt sie gar nur noch 691. Ihr stehen gegenüber 7400 Wähler der zweiten Abteilung und 308 000 der dritten Abteilung. Da nun jede Abteilung 48 Stadtverordnete zu wählen hat, so wählen in der ersten Abteilung schon **14** eingeschriebene Wähler, in der zweiten **154** und in der dritten **6400** einen Stadtverordneten. Die zur Berechnung gelangende Steuersumme beträgt 56 000 000 (sechshundfünfzig Millionen) Mark. Diese Summe ist um deswillen so hoch, weil nach der Miquelschen Steuerreform auch die Grundsteuer in Anrechnung gebracht wird. Diese Bestimmung der Steuerreform des Exkommunisten Miquel war im Interesse seiner Freunde, der Junker, denen die Grundsteuer geschenkt wurde, allerdings notwendig, denn sonst könnten ja viele von diesen Herren überhaupt nicht wählen. Die künstliche Rechtslosmachung von Hunderttausenden zu Gunsten einer Handvoll Besitzender muß für die Besitzlosen ein Ansporn sein, die wenigen Rechte nachdrücklich zu verteidigen. Eine Gelegenheit dazu bieten die Stadtverordnetenwahlen, wo immer sie stattfinden. —

Zur **Zuchthausvorlage** lesen wir in der Deutschen Tageszeitung: „Wir hatten kürzlich auf den **Stimmungs-umschwung** bezüglich des Gesetzentwurfs zum Schutze Arbeitswilliger hingewiesen, der thatsächlich im Centrum und bei den Nationalliberalen sich vollzogen hat. Dabei hatten wir erwähnt, daß die führende Centrumpresse seit geraumer Zeit über den Entwurf sich vollkommen ausschweigt. Die Kölnische Volkszeitung glaubt darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß die Presse sich

nur mit solchen Gesetzentwürfen zu befassen pflegt, welche der unmittelbaren Entschliebung unterbreitet seien. Das ist ein Irrtum. Es würde uns ein Leichtes sein, aus der Kölnischen Volkszeitung nachzuweisen, daß sie selbst Gesetzentwürfe mehrfach und sehr eingehend erörtert hat, über die die Entscheidung noch im weiten Felde lag. Es läßt sich ja garnicht leugnen, daß das Arbeitswilligengesetz wohl eines der wichtigsten ist, die seit geraumer Zeit den Reichstag beschäftigt haben. Wenn führende Blätter darüber schweigen, so hat man ein Recht, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Besprechung ihnen zur Zeit ungleichem ist. Wenn die Kölnische Volkszeitung offener sein wollte, müßte sie das zugeben. Sie weiß ebenso gut wie wir, daß viele Centrumsabgeordnete, die dem praktischen Leben nahe stehen, andern Sinnes geworden sind. Weil sie aber noch nicht weiß, wie die Fraktion sich entschließen werde, schweigt sie lieber. Das verdienen wir ihr garnicht; sie muß uns aber gütigst gestatten, das festzustellen und die Ursache klar zu legen. Die nationalliberale Presse, soweit sie dem Gesetzentwurf ablehnend gegenüberstand, schweigt sich ganz und gar aus. Wir hatten erwartet, daß unsere Darlegungen die allezeit redetrohe und schnell mit ihrem Urteile fertige Nationalliberale Korrespondenz auf den Plan rufen würden. Das ist nicht geschehen. Wir dürfen sonach das alte Sprichwort: „Wer schweigt, gesteht zu!“ auf diesen Fall anwenden und annehmen, daß auch nach der Meinung der Nationalliberalen Korrespondenz der Abgeordnete Baffermann die Mehrheit seiner Partei nicht mehr hinter sich hat. Aus dem allem geht hervor, wie zweckmäßig es gewesen wäre, wenn man i. B. unseren Rat befolgt hätte, die erste Beratung des Gesetzentwurfs bis nach der Vertagung zu verschieben. Dann wäre er sicher einer Kommission überwiesen worden. Daß dies bei der zweiten Lesung geschehen werde, darf als ziemlich sicher angenommen werden.“ — Wir sind nun nahmsweise einmal mit dem Centralorgan der Agrarier einer Meinung. Die Gefahr ist weit größer, als mancher Arbeiter glaubt. Daran kann das Geplänkel wegen der Kanalvorlage und die sog. preußische Krisis nicht das Geringste ändern. —

Die **deutschen und russischen Agrarier** haben sich gefunden. Schon auf dem internationalen Agrarcongreß in Budapest ergab sich eine Uebereinstimmung darüber, daß die Ausfuhrpolitik des Ministers Witte eine Hauptursache der Notlage der russischen Landwirtschaft bilde, und jetzt schreibt die Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel:

Wenn die russische Regierung die deutsche veranlassen könnte, mit dem Börjengesetz endlich einmal Ernst zu machen, dann würde sich die Getreidepreissbildung wie von einem Alp befreit sehen, und Rußland könnte sich, auf diesen Umstand und auf eigene Reformen gestützt, mit der größten Gemütsruhe auch eine wesentliche, als recht und billig anzuerkennende Erhöhung der deutschen Getreidezölle gefallen lassen, weil es doch dabei in ausreichendem Maße auf seine Kosten kommen würde.

„Wir haben dieser klaren, wohlbegründeten Erkenntnis kein Wort hinzuzufügen“, bemerkt dazu die Deutsche Agrar.-Korr. und die Deutsche Tageszeitung druckt es schmunzelnd nach. Das ist leicht begreiflich. —

## Feuilleton.

### Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(73. Fortsetzung.)

In dem Sortierungs- und Verbandsraum, der von Lampen genügend erhellt war, arbeiteten indes die Ärzte und Feldscherer unter Ausbietung all' ihrer Kräfte; galt es doch rasch zu sein bei dieser Musterung.

Nach dem Grade ihrer Verwundung wurden die Verwundeten mit Zetteln versehen, worauf die Nummer und, womöglich, auch der Name vermerkt wurde.

Die Schwerverwundeten waren die roten, gelb und weiß die der mittleren Kategorien, blau die Leichtverwundeten.

Die Roten schickte man in das Spital, die Gelben wurden an Ort und Stelle verbunden, damit sie nach kurzer Etappe den Weitertransport ertragen könnten, die Blauen wurden gespeist, dann sollten sie sehen, daß sie weiterkämen: wie, das war unter den herrschenden Umständen ihre Sache.

Alle hatten unter dem eiligen Transport unsagbar gelitten und die jungen bärtigen Gesichter sahen völlig leichenhaft aus.

Einige waren so gänzlich erschöpft, daß sie selbst zum Sterben zu schwach schienen; andere wickten, um ihr Los besorgt, mit bangenden, fragenden Augen die Ärzte an.

„Schickt uns nicht fort!“ stammelten sie und versuchten, ihre Hände zu heben, „habt Erbarmen, laßt uns hier!“

Einige Operationen sollten sofort ausgeführt werden, aber man konnte sich nur im äußersten Notfall dazu bequemen.

Sofia arbeitete an der Seite der Männer mit festen Augen und sicheren Händen, eine bewundernswerte Ruhe bewahrend.

Ein junger Arzt, Fedor Iwanowitsch Stachow, dem die blonde Stricklocke, die er der Scheere nicht überantworten wollte, immer wieder in die Stirne fiel, so oft er sie auch mit einer energischen Bewegung des Kopfes zurückwarf, sah höchst ungeduldig aus.

Er suchte nach interessanten Fällen, und die Burjchen, die ihm unter die Hände kamen, entsprachen nicht seinen Erwartungen.

„Da haben wir was Schönes,“ brummte er, „die Kerle sind halb verhungert, das hat sie so heruntergebracht, nicht die paar Tropfen Blut, die sie verloren haben. . . Was sind denn das für Verwundungen — gemeine Schuß-Frakturen — die allergeinsten — — Gipsarbeit, nichts anderes!“

„Bitte, Schwesterchen,“ wendete er sich an Sofia, die eben dabei war, einen Gipsverband anzulegen, „wenn Ihnen eine Brustwunde unterkommt oder sonst was besonderes, Elegantes, denken Sie an mich, schauen Sie mir das zu. Wenn ich schon diese gräßliche Plage auf mich nehme, dann möchte ich doch was davon haben.“

Das fahle Licht des Tages drang durch die Fenster und die Temperatur sank noch tiefer herab. Auch in der Sortierungs-Baracke war es empfindlich kalt geworden: aber die Ärzte hatten die Röcke abgeworfen und arbeiteten wie im Fieber.

Der Belegraum des Hospitals war längst überfüllt, man legte die Verwundeten zwischen die Betten auf den Boden, man suchte sie in den Häusern des Dorfes unterzubringen, man hatte Zelte für sie errichtet, aber es fehlte an Stroh, sie zu lagern. Vergebens bot man einen halben Imperial für ein Bund Stroh, es war keines mehr aufzutreiben.

Und da lagen die Unverbundenen gehäuft und immer noch neuer Zuzug. . . Es war zum Verzweifeln.

Unserem armen Fedor Iwanowitsch klebte die blonde Locke jetzt an der Stirne fest, seine Beine zitterten, er vermochte sich kaum mehr auf den Füßen zu halten, aber seine Hände arbeiteten mechanisch immer noch weiter.

„Seid Ihr von Sinnen?“ schrie er die Träger an, „seht Ihr denn nicht, ich kann nicht mehr, ich kann nicht, und da bringt Ihr mir auch noch die Halbverreckten — der Kerl ist ja schon tot — fort mit ihm fort — fort!“

Als nun aber der Jüngling die Augen zu ihm aufschlug, mit einem unsäglich traurigen Blick, mit jener stummen Resignation des gänzlich Verlassenen, da überwog die Regung des Mitleids.

„Der mit ihm, hol ihn der Teufel,“ und er riß ihm das Hemd auf.

„Eine Brustwunde — mitten durch die Lunge!“ rief er und in seinen erschöpften Zügen malte sich Befriedigung.

„Kleine Wundöffnung — gerader Kanal — geringe Zerrörung — ein Schuß wie ein Stich — und dabei durch und durch. Das ist das neue Gewehr, — ich kenne das,“ dann dem Verwundeten zukäselnd: „Beruhige Dich, mein Sohn, Du bleibst in meiner Behandlung. Wir wollen miteinander den Beweis liefern, daß man mit einer durchschossenen Lunge noch leben kann.“

Die Sonne war rot aufgegangen und verschwand wieder in einem immer dichter werdenden Nebel.

Die Unordnung und Verwirrung in Bulgarien aber hatten mit der Nacht keineswegs ihr Ende gefunden. Sie schienen ihren Höhepunkt zu erreichen, als am Morgen tausende von Maroden und Leichtverwundeten, die sich zu Fuß auf den Weg gemacht hatten, zu Gruppen gefeilt, nacheinander hier eintrafen.

Die Mehrzahl befand sich in einem desolaten Zustande, die Schuhe waren zerrissen, die Monturen hingen in Fetzen von ihnen herab, Gesicht und Hände waren blutig und von Pulver geschwärzt, und sie schrien vor Hunger und Kälte und verlangten zu essen.

Das Kriegshospital verteilte sein letztes Brot unter sie und schickte sie weiter nach Sisiowa, da es in Bulgarien für sie kein Obdach mehr gab und in der Küche des Kriegshospitals auch kein Essen. Aber die Kranken und Erschöpften fielen um und blieben auf der Straße liegen; mochten sie doch erfrieren, dann waren ihre Leiden zu Ende! Diejenigen dagegen, die noch am Leben hingen, gingen aus, ihren Hunger zu stillen. Und sie schliefen sich bettelnd in die Hütten des Dorfes, und kamen in die Küche des roten Kreuzes, deren Vorräte noch nicht gänzlich erschöpft waren. Alle Ordnung und Disziplin war aufgelöst und es war nicht möglich, die Leute zusammenzuhalten. Die Aufsichtsborgane vermochten dem Dringendsten nicht zu genügen, und die fertig gestellten Transporte warteten vergebens auf ihre Abfertigung.

(Fortsetzung folgt.)



In letzter Zeit ist der Kampf gegen Beamtenvereine von der Regierung mit verstärktem Eifer aufgenommen worden. Als neueste Etappe in diesem Kampfe ist das Vorgehen gegen den Verband der deutschen Militärärzte und Invaliden zu bezeichnen, der infolge energischer Geltendmachung seiner Forderungen un bequem geworden ist. Vor kurzem wurde der erste Vorsitzende des Verbandes Stein von Berlin „im Interesse des Dienstes“ plötzlich nach Glatz versetzt. Eine zweite Versetzung, die zweifellos den Charakter der Maßregelung trägt, trifft am 1. Oktober den Straßburger Führer des reichsländischen Zweigvereins des Verbandes der Militärärzte, Eisenbahn-Sekretär Mayer, der nach Colmar versetzt wird. Es ist bezeichnend für den Grad, den die Reaktion in Deutschland erreicht hat, daß man nun auch den Militärärztern nicht das zur Verbesserung ihrer Lage erforderliche bescheidene Maß von Bewegungsfreiheit einräumt. Die Unzufriedenheit, die in diesen Beamtenkreisen herrscht, wird durch solche Maßregelungen nur gesteigert werden. Der „Patriotismus“ wird durch ein solches Vorgehen am sichersten geübt.

Die polizeiliche Ueberwachung des Kaisers war während der Anwesenheit des Kaisers in den Reichsländern eine noch strengere als früher, angeblich weil kurz vorher die Nachricht eingelaufen war, es werde ein Anschlag gegen ihn geplant. Bei der Befestigung der Befestigungsanlagen bei Saulnis wurden sämtliche Arbeiter, meistens Italiener, entfernt und bis zur Entfernung des Kaisers unter Bewachung gestellt. Diese Maßregel wurde auch bei dem Besuche in Diederhofen durchgeführt. In Metz und auf der Höhe von St. Privat waren etwa 100 Geheimpolizisten und Gendarmen anwesend. Eine Verhaftung fand statt. Das Publikum wurde mit ganz wenig Ausnahmen auf etwa 300 Meter ferngehalten, und die Feier trug einen ausgesprochen militärischen und zugleich preussischen Charakter. Auch beim Kaiserbesuch in Weßfalen wurden die Abperrungsmaßregeln an der Wülfener Brücke in einer Weise gehandhabt, daß allgemeiner Unwille entstand. Selbst mit Passiertarten versehene Personen wurden einige hundert Meter vom Kaiserzelt angehalten. Die Kölnische Zeitung führt diese Maßnahmen zurück auf Nachrichten, die beim Oberbürgermeister in Solingen eingetroffen waren, ein Anarchist sei aus Paris abgereist und habe als Ziel Dortmund oder das belgische Land sich auserkoren. In der Umgebung des Kaisers muß eine sehr nervöse Stimmung herrschen.

### Vorbote des Zuchthausstrafes.

Es ist erst kürzlich darauf hingewiesen worden, daß es ein wesentlicher Punkt der Zuchthausvorlage sei, die Streikbrecher ohne Antrag der beleidigten Arbeitswilligen bestrafen zu können und wir haben bei dieser Gelegenheit erwähnt, wie in der That diese Bestimmungen zu den schlimmsten Drangsalierungen führen und den Hebel dazu bieten könnten, Streikführer ganz nach Wahl zu verurteilen und jedes Entlastungszeugnis der Nachbarteiligen, der Verletzten, als unglaubwürdig hinzustellen.

Wir konnten zur Stütze dieser Ausführungen bereits auf einen Vorfall vor einem Dresdener Gericht hinweisen. Die Sachliche Arbeiterzünfte berichtet nun über einen zweiten deraußer Fall vor einem Dresdener Gericht: Angeklagter war der Maurer Schönberr. Er soll zweimal am 18. bezw. 19. Juli auf den Lewandostischen Neubau in Witten gekommen sein und dort die arbeitswilligen Maurer bedroht und ehverletzt haben. Die Anklage legt ihm die Aeußerungen in den Mund: „Macht, daß Ihr aus dem Bau rauskommt, habt Ihr denn gar keinen Verstand, Ihr Streikbrecher. Wir werden Euch schon rausbringen, wir schlagen Euch mit dem Tragriegel raus.“ Sch. behauptet zunächst, gar nicht auf dem Bau gewesen zu sein.

### Robert Wilhelm Bunsen.

Durch den Tod des alten Bunsen, der am Mittwoch, den 16. August, in Heidelberg erfolgte, hat die Naturwissenschaft einen der unersetzlichsten Schätze verloren, denen wir in den verschiedenen Zweigen der Naturwissenschaften zu danken haben. Allerdings ist sein Tod keine Gabe, wie es bei solchen Forschern der Fall war, die in der Vollkraft ihres Lebens dahingerafft wurden: Bunsen hat sich bereits vor zehn Jahren als ein fast achtzigjähriger Mann zurückgezogen und der schmerzlichen wissenschaftlichen Thätigkeit nach einem langen, von heimlichen Sorgen begleiteten Leben entsagt.

Bunsen wurde am 31. März 1811 in Göttingen geboren, hat also ein Alter von 55 Jahren erreicht. Während seiner Studienzeit beschränkte er sich nicht auf ein einzelnes Spezialgebiet, sondern erwarb sich in mehreren Zweigen der Naturwissenschaften, in der Geologie, Chemie und Physik, eingehende Kenntnisse: diese drei Wissenschaften verbanden ihm auch herannahende Beziehungen.

Vereins 1838 wurde er von Göttingen, wo er sich als Privatdozent niedergelassen hatte, an das polytechnische Institut zu Kassel als Professor der Chemie gerufen. Schon 1835 hatte er einen Ruf an die Universität Marburg, wo er 13 Jahre wirkte. Dann ging er nach Berlin, wo er ein Jahr lang als Professor wirkte, 1852, einem Ruf nach Heidelberg Folge leistete. In der letzten Nachbarschaft blieb er bis zu dem Schicksal, nach welchem er im Jahre 1859 gegen seine sonstigen Vorlieben nach Bonn überging und sich zur Ruhe setzte.

Die einzigen Arbeiten Bunsens zu erwähnen geht über das Rahmen einer Tageszeitung hinaus, da dies zu weit in die wissenschaftlichen Spezialgebiete hineinzufragen wäre. Nur einige wenige Entdeckungen und Erfindungen ist hier geacht, welche Bunsens Namen weit über die Grenzen seiner Vaterstadt hinaus bekannt gemacht haben.

In erster Linie ist hier die Erfindung der Spectralanalyse zu nennen, die als gewaltige Arbeit von Bunsen und dem 1857 verstorbenen holländischen Physiker Kirchhoff zu betrachten ist. Ein Spectrum, das von dem Lichte der

was später auch von den Zeugen bestätigt wird. Er ist nur auf dem Nachbargrundstück bezw. auf der Straße mit zwei Mauern zusammengekommen. Er bestreitet auch die ihm zur Last gelegte Aeußerung. Er will nur gesagt haben: „Wenn Ihr jetzt die Arbeit nicht niederlegt, seid Ihr selbst schuld, wenn Ihr später hinausfliegt.“

Der Angeklagte erklärte den Sinn dieser Aeußerung sehr einleuchtend dahin, daß er gemeint hat, wenn die tüchtigen streikenden Maurer wieder die Arbeit aufnehmen, werden die wenig leistungsfähigen Arbeitswilligen entlassen. Der Polier des Baues hätte selbst erklärt, er könne mit den ungeschickten Leuten nichts machen. Dem Vorsitzenden des Gerichts will diese Definition durchaus nicht in den Kopf. Er sucht durch allerhand Fragen die Sache so darzustellen, als ob die vom Angeklagten zugegebene Aeußerung vom Bau vertrieben werden sollten. Weil der Angeklagte bei seiner Erklärung bleibt, wird ihm Unehrlichkeit in seinen Angaben vorgeworfen. Immer wieder redet der Vorsitzende auf ihn ein, er solle der Wahrheit doch die Ehre geben, bis der Verteidiger endlich dem Hin und Her ein Ende macht und mit nachdrücklicher Entschiedenheit die Erklärung des Angeklagten als die logisch richtige hinstellt.

Als Zeugen waren die „bedrohten“ Maurer Borten und Genitz sowie der Bauunternehmer Lewandostsky geladen. Zeuge Borten erklärt auf das bestimmteste, vom Angeklagten nur die Aeußerung gehört zu haben: „Euch Brüder werden wir schon heraushehlen.“ Im übrigen weiß er nichts. Eine drohende Haltung habe der Angeklagte nicht angenommen. Der Zeuge Genitz hat vom Angeklagten nur die Worte gehört: „Kamerad, willst Du nicht die Arbeit niederlegen?“

Der Vorsitzende redet eindringlich auf die Zeugen ein, ja alles zu sagen in Rücksicht auf den Eid. Er verweist auch darauf, daß die Zeugen bei ihrer früheren Vernehmung laut Protokoll mehr gesagt haben sollen. Die Zeugen bleiben bestimmt bei ihren jetzigen Angaben stehen. Wenn sie die Wahrheit sagen sollen, könnten sie nicht mehr sagen. Nunmehr meint der Vorsitzende, daß die Zeugen wahrscheinlich eingeschüchtern (!) worden seien. Auch das bestritten diese ganz entschieden. Auch hier sieht sich der Verteidiger wieder veranlaßt, einzugreifen.

Dann kommt der Zeuge Bauunternehmer Lewandostsky an die Reihe. Es stellte sich bald heraus, daß er die ganze Anklage mit Hilfe der Polizei in die Bahnen geleitet hat. Selbst weiß er von den angeblichen Straftathaten des Angeklagten rein nichts. Die Bedrohten sollen aber zu ihm gekommen sein und die Angaben gemacht haben, welche dann Anlaß zur Anklage wurden. Er habe die Polizei holen lassen und da sei gleich ein Protokoll niedergeschrieben worden (!) Jetzt werden die beiden ersten Zeugen diesem Zeugen gegenüber gestellt. Sie bestritten nochmals ganz entschieden, dem Angeklagten das, was die Anklage behauptet, mitgeteilt zu haben. Alle Zeugen sind bereit, ihre Angaben zu beschwören. Der Anwalt stellt einen Verdagungsantrag. Er verlangt noch drei Zeugen, den Untersuchungsrichter, den Polier von dem Bau und den Polizisten in Witten, der das „Protokoll“ angenommen hat, zu vernehmen. Diese Zeugen sollen nur bestätigen, was Lewandostsky gesagt hat, der aber, wie schon bemerkt, aus eigener Anschauung gar nichts weiß. Die Stützpunkte der Anklage sollten die beiden Maurer sein; sie verweigern aber fast ganz. Die Verdagung erscheint ganz zwecklos, der Verteidiger protestiert deshalb dagegen. Trost dem wird die Verhandlung bis 6. September vertagt.

Es ist für die Bekämpfung der Zuchthausvorlage sehr merkwürdig, daß wir schon jetzt, noch ehe man weiß, was aus ihr werden wird, solche das Gesetz vorwegnehmende Fälle zu verzeichnen haben. Sie zeigen, was wir an Urteilen gegen

Streikende zu erwarten hätten, wenn die Unglaublichkeit der „Bedrohten“ erst gesetzlich statuiert wäre.

Die ganze Gerichtsverhandlung lieft sich wie eine Illustration zu den Ausführungen des am Sonntag in Berlin verbreiteten Flugblattes zur Zuchthausvorlage, in dem über die zukünftige Gerichtspraxis gesagt wurde:

Schon der einfache Thatbestand wird zumeist in Sinne der Unternehmer festgestellt werden. Die Behauptung eines Unternehmers, daß ein Verstoß gegen die Zuchthausvorlage begangen sei, genügt, um die Führer ins Gefängnis zu bringen. Erklärt der angeblich terrorisierte Arbeiter selbst, er sei nicht vergewaltigt worden, wird ihm nicht geglaubt, da er ja unter dem bekannnten Zwang der einschüchternden Genossen stehe. Die ganz Zuchthausvorlage geht von diesem Gedanken aus, der Arbeiter müsse gegen sich selbst geschützt werden. Darunter genießt der „Arbeitswillige“ einen Rechtsschutz, wie er sonst nur dem — Kaiser zusteht; auch ohne seinen Straf Antrag werden angeblich an ihm verübte Bergewaltigungen verfolgt. So können schließlich die Gerichte jeden Arbeiter für ein Opfer des Terrorismus erblicken und demgemäß Opfer der Zuchthausvorlage erzeugen, auch wenn die Arbeiter selbst erklären, es sei ihnen nichts geschehen.

Der Vorsitzende des Dresdener Gerichts war der national-liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Eiche.

### Die Fälschungen der Generalstäbler.

Die Entdeckung der neuesten Fälschung im Dreyfus-Drama ist unter ziemlich dramatischen Umständen erfolgt. Schon General Mercier hatte in seiner Aussage auf den Bericht des österreich-ungarischen Militärattachés Obersten Schneider als einen entscheidenden Beweis für die Schuld des Dreyfus hingewiesen, und es war auch das einzige neue Dokument, das er vorgebracht hat. General Roge führte in seiner Aussage den Bericht ebenfalls als entscheidenden Beweis an, und zwar in einer noch viel bestimmteren Form als General Mercier. Als nämlich der Verteidiger Demange ihn fragte, welches Stück des geheimen Dokuments ihm als das wichtigste, das heißt als dasjenige erscheine, in welchem Dreyfus' Schuld förmlich sich bestätigt finde, da erwiderte der General Roge ohne Zögern: „Es ist der Bericht eines Militärattachés, und zwar derselbe, auf den sich der General Mercier bezogen hat.“ Und nun ist dieser entscheidende Beweis falsch und die Generale, die auf den Bericht sich stützen, um Dreyfus noch in letzter Stunde zu vernichten, stehen unter dem Verdachte, eine Fälschung begangen oder wenigstens Gebrauch von einer solchen gemacht zu haben, beides Vergehen, die das Strafgesetz mit schweren Strafen belegt, zumal sie von Beamten verübt wurden!

Aus Anlaß dieser neuen Fälschung verlohnt es sich wohl, die Fälschungen einmal zusammenzustellen, die von den Generalstäblern begangen worden sind, um Dreyfus zu verderben und die Verurteilung zu seiner Ehrenrettung zu hintertreiben. Die Zahl der entdeckten und amtlich festgestellten Fälschungen beträgt jetzt zehn. Damit unsere Leser sich in dem Labyrinth des Prozesses besser zurechtfinden, lassen wir sie hier folgen:

1. Die falsche Depesche Panizzardi's vom 2. November 1894. Panizzardi hatte nach der Verhaftung des Dreyfus nach Rom telegraphiert, wenn Dreyfus keine direkten Beziehungen zu dem dortigen Generalstabe habe, solle man amtlich erklären lassen, daß Dreyfus mit Italien in keiner Verbindung stand. Das Auswärtige Amt hatte dem Kriegsministerium zuerst eine etwas abweichende Fassung zugehen lassen, schickte ihm aber dann den authentischen Text. Diesen Text besichtigten Henry und du Paty und brachten an seine Stelle einen andern, in dem es heißt: „Der Kriegsminister hat Beweise, daß Dreyfus mit Deutschland Be-

sonne oder eines anderen Gehirnes entworfen wird, ist ein Farbenspiel, zu welchem das weiße Licht auseinander gezogen wird, wenn man es durch ein Prisma gehen läßt. Daß in dem Sonnenbrenner einzelne Sorten von zahlreichen feinen farbigen Linien durchgezogen sind, war bereits seit Anfang dieses Jahrhunderts bekannt. Die Benutzung dieser feinen Linien, um sich ihnen mit vollkommener Sicherheit einen Schlüssel auf die Faserstoffe der leuchtenden Körper zu machen, ist eine wissenschaftliche Erfindung von Kirchhoff und Bunsen. Äußere Verhältnisse über das Weltgebäude und seinen Zusammenhang sind dadurch sehr wesentlich bereichert worden. Bisher es früher als ein Traum der kühnen Phantasie angesehen, über den Stoff oder die Stoffe, die zum Bau ferner Welten benutzt sind, irgend etwas anzuklagen, wissen wir heute mit Bestimmtheit, daß wesentlich dieselben Baustoffe, die wir auf der Erde finden, auch die Sonne und zahllose Planeten zusammensetzen. Die Anschauung von der Einheitlichkeit der Welt hat dadurch eine starke Stütze gefunden.

Auch für die unmittelbare chemische Analyse ist die Anwendung des Spectrums ein wichtiges Hülfsmittel geworden, und eine Reihe von Stoffen sind hierdurch entdeckt worden.

Keine zweiter bekannt als durch die Spectralanalyse, ist der Name Bunsen durch seine elektrischen Arbeiten jedem, der sich mit Experimenten auf elektrischen Gebiete beschäftigt (und das ist das in Zeitalter der Neuentdeckungen nicht?) Die Erzeugung der elektrischen Ströme mittels sogen. galvanischer Elemente, wie sie zuerst von Volta konstruiert wurden, nötigt auf erhebliche Schwierigkeiten; denn der chemische Vorgang, der sich zwischen der Flüssigkeit des Elementes und den in derselben umherwandernden Metallen abspielt, hat zur Folge, daß die elektrische Strom sehr geschwächt wird und bald ganz aufhört. Durch besondere Anreicherung und Anordnung der Elektroden und Metalle kann man einen ohne Schwächung lange anhaltenden Strom erzeugen. Bunsen gab bereits im Jahre 1842 eine Anordnung an, des sogenannten Bunsen-Elementes, die sich als so praktisch und dauerhaft erwiesen hat, daß sie heute noch überall im Gebrauch ist.

Derselben chemischen Sinn, den Bunsen bei der Konstruktion seines Elementes gezeigt hat, wandte er auch bei

seinen zahllosen anderen Erfindungen, die sich sämtlich durch eine außerordentliche Einfachheit in Anlage und Bau auszeichnen. Nur eine sei hier noch erwähnt, weil man heute kaum einen Schritt auf der Straße oder im Hause machen kann, ohne auf ihre Anwendung zu stoßen, der sogenannten Bunsenbrenner.

Bekanntlich gehört zu jeder Verbrennung Luft, weil die Verbrennung selbst in der Vereinigung des brennenden Körpers mit dem Sauerstoff der Luft besteht. Kann nicht genügend Luft hinzutreten, so ist die Verbrennung keine vollständige, und die unverbrannten Kohleteilchen — im wesentlichen ist überall Kohle der verbrennende Bestandteil — können sich als schwarzer Ruß aus der Flamme abscheiden. Wird eine Gasflamme zum Leuchten benutzt, so darf die Verbrennung des Gases gar nicht vollständig sein, sondern es müssen in der Flamme unverbrannte Kohleteilchen bleiben, die durch die Hitze glühend werden und Licht ausstrahlen. Alle Leuchtgasflammen enthalten demgemäß auch solche glühenden Kohleteilchen. Natürlich kann also eine viel größere Hitze entwickelt werden, wenn man die Kohle vollständig verbrennt, und das wird überall da praktisch sein, wo man kein Leuchten, sondern große Hitze erreichen will.

Bei vielen chemischen Reaktionen ist das der Fall, und Bunsen erreichte den Zweck in der einfachsten Weise, indem er eine Strecke unterhalb der Ausströmungsöffnung des Gases noch eine Oeffnung anbrachte, durch welche atmosphärische Luft in die Röhre eingezogen wird. Diese mischt sich in der Röhre mit dem Gase, so daß in der Flamme an der Ausströmungsöffnung ein vollständiges Verbrennen eintritt. Die Bunsenflamme ist daher nicht leuchtend, im Tageslicht kaum sichtbar, entwickelt aber eine ganz intensive Hitze. Deshalb ist der Bunsenbrenner in allen chemischen und physikalischen Arbeitsräumen als das bequemste Mittel zur Erzeugung großer Hitze anzutreffen.

Aber auch im gewöhnlichen Leben spielt er eine sehr große Rolle, die noch von Jahr zu Jahr zunimmt. Mit der zunehmenden Verbilligung des Gases wird das Kochen mit Gas (auch bei den Arbeitern) eine noch viel größere Verbreitung finden, als es gegenwärtig bereits der Fall ist. Alle Gaskochapparate sind aber Bunsenbrenner. Diejenigen



ziehungen unterhielt.“ Diese gefälschte Depesche befand sich unter den Aktentücken, die dem Kriegsgericht ohne Wissen des Angeklagten und seines Verteidigers vorgelegt wurden und die Verurteilung des Dreyfus entschieden.

2. Der Brief des Obersten Schwarzkoppen an Panizzardi mit der bekannten Phrase „Ce canaille de D.“ Roget, Cuignet und Henry selbst haben anerkannt, daß das D. sich nicht auf Dreyfus bezieht. Trotzdem wurde der Brief gegen Dreyfus verwertet. Als der Generalstab die beginnende Revisionsbewegung im Keime ersticken wollte, ließ er den Brief durch den „Eclair“ veröffentlichten und mit der angeführten Phrase in folgender Fassung: „Cet animal de Dreyfus.“ Obgleich das D. sich nicht auf Dreyfus bezog, war Dreyfus im Artikel des „Eclair“ mit vollem Namen bezeichnet und als der Verräter erklärt.

3. Die Briefe des deutschen Kaisers. Die Existenz dieser Briefe wurde bestätigt in zwei Artikeln des „Intransigeant“, und zwar infolge eines Besuches, den im Auftrag des Generalstabschefs Boisdesse der Kabinettschef desselben, Oberst Paulin de St. Morel, bei Rochefort gemacht hat; ebenso ist die Existenz dieser Briefe in einer Rede des Abgeordneten Milleboye bestätigt worden und Henry hat in einer Unterredung mit dem Rat Paleologue sowie in seiner Aussage im Zola-Prozess sich auf sie bezogen. Später hat man sich allerdings der Briefe geschämt und hat sie stillschweigend verschwinden lassen.

4. Der Brief Welcher vom Juli 1896. Der Brief war an Dreyfus auf der Teufelsinsel gerichtet, war in auffallenden Buchstaben geschrieben und hatte Zwischenlinien, deren Worte mit sympathetischer Tinte geschrieben waren, doch so, daß man sie deutlich lesen konnte, und zwar lauteten diese Worte: Wir verstehen Ihre Mitteilung nicht; sagen Sie, wo die Schranke sind mit den... Der Brief hatte, wenn er an Dreyfus gelangte, den Zweck, an eine Verbindung desselben mit der Außenwelt glauben zu machen; da er aber Picquart in die Hände fiel zu einer Zeit, wo dieser sich schon mit Esterhazy beschäftigte, so sollte der Brief ihn von der Spur Esterhazy abbringen und ihn glauben lassen, daß ein Komplott bestehe zu dem Zwecke, Dreyfus durch einen Strohmännchen zu ersetzen.

5. Ein Brief Schwarzkoppen's an Panizzardi, der von der Hand Henry's den Vermerk trägt: „März 1894.“ Schwarzkoppen schrieb darin, daß D. ihm viele interessante Sachen gebracht habe.“ Der Kommandant Cuignet selbst hat vor dem Kassationshof nachgewiesen, daß das D. an einer Stelle geschrieben ist, wo zuvor ein anderer Buchstabe oder Name ausradiert worden war. Die Bemerkung „März 1894“ ist ebenfalls falsch; der Brief von Henry wurde dem General Gouje im August 1894 übergeben, mit Umgehung Picquart's, der damals noch Chef des Nachrichtenbureaus war. Der Brief gehört zu den Schriftstücken, die Cavagnac auf der Kammertribüne verlas und die dann in allen Gemeinden Frankreichs angeschlagen wurden.

6. Die eigentliche Fälschung Henry's, d. h. ein angeblicher Brief Panizzardi's an Schwarzkoppen. Er bildete das Hauptbeweismittel Cavagnac's. Es verlohnt sich, die betreffende Stelle des stenographischen Berichts über die Kammer Sitzung vom 7. Juli 1898 nachzulesen:

Cavagnac: Im Augenblick, wo die Interpellation Castelin eingebracht wurde, im November 1896, wurden die beiden Herren, von denen ich gesprochen habe (Schwarzkoppen und Panizzardi), unruhig, aus Gründen, die sehr klar hervorgehen aus Briefen, die ich vor Augen gehabt habe; und alsdann hat einer von ihnen einen Brief geschrieben, dessen Wortlaut folgender ist: „J'ai lu qu'un député va interpellier sur Dreyfus. Si... je dirai que jamais j'avais des relations avec ce juif. C'est

Leser, die in ihrer Küche solche Gaskocher stehen haben, können sich leicht überzeugen, daß die Röhre, in der das Gas zu den Entzündungsöffnungen strömt, etwa 10 Cmtr. vor denselben nur eine halbe Wand hat, so daß dort reichlich Luft eintritt. Zünden sie den Kocher an und vervollkommen die halbe Wand an der betreffenden Stelle mit dem Daumen und Zeigefinger zu einer ganzen — ein ganz ungefährliches Experiment —, so werden sie sofort sehen, wie sich die farblose Flamme plötzlich in eine hellgelbe, stark leuchtende verwandelt, um sofort wieder nichtleuchtend zu werden, sobald die Finger von der Röhre entfernt werden.

Eine weitere ungeheure Anwendung hat der Bunsenbrenner beim Gasglühlicht gefunden. Auch hier handelt es sich um die Erzeugung einer sehr heißen Flamme, damit in dieser der Glühkörper zum Glühen und Leuchten gebracht werden kann. Deshalb sind sämtliche Gasglühlicht-Brenner nach dem Prinzip des Bunsenbrenners konstruiert, indem für den nötigen Luftzutritt gesorgt ist.

Dieser kurze Hinweis auf die bekanntesten der bedeutendsten Bunsenschen Erfindungen möge genügen. Seine zahlreichen anderen Arbeiten, seine Untersuchungen über Gase, aus dem Gebiet der Photochemie, und viele anderen können hier auch nicht einmal kurz gestreift werden.

Bei all seinen Erfolgen war und blieb er ein persönlich bescheidener und lebenswürdiger Charakter, dem seine Schüler und Freunde mannigfache Anregung und wissenschaftliche Förderung zu danken hatten. Es war ein vollendeter Typus eines gediegenen Forschers, der nur seiner Wissenschaft lebte. Infolgedessen blieb er unvermählt. Man erzählte, daß seine Familie mit seiner Einwilligung eine entfernte junge Verwandte als passende Frau für ihn ausgesucht hatte. Als sie in Heidelberg ankam, ließ er ihr sagen, er könne gegenwärtig nicht aus dem Laboratorium abkommen, er werde sie in den nächsten Tagen begrüßen, worauf die junge Dame empfört über seine Gleichgültigkeit sofort abreiste.

Ist ihm also Familienglück ver sagt geblieben, so fand er Ersatz in der Liebe und Verehrung, mit welcher alle Freunde und Schüler an ihrem alten Meister hingen. —

entendu. Si on vous demande, dites comme ça, car il ne faut pas jamais qu'on sache ce qui est arrivé avec lui.“ (Das schlechte Französisch sollte glaubhaft machen, daß der Brief von einem Nichtfranzosen ist. Die Uebersetzung lautet: „Ich habe gelesen, daß ein Abgeordneter über Dreyfus interpellieren wird. Wenn... werde ich sagen, daß ich niemals Beziehungen mit diesem Juden hatte. Das wird seine Wirkung nicht verfehlen. Wenn man Sie fragt, sagen Sie daselbe, denn man darf nicht erfahren, was mit ihm vorgegangen ist.)

Cavagnac fügt hinzu: Ich habe mich von der materiellen und moralischen Authentizität dieses Dokumentes überzeugt.

Sieben Wochen später gestand Henry selbst ein, daß er den Brief fabriziert habe.

7. Die Fälschungen am „Petit bleu“. Dieser Kartenbrief führte bekanntlich Picquart auf die Spur Esterhazy's; er war an diesen mit seiner vollen Adresse gerichtet. Als Picquart aus dem Nachrichtenbureau und aus Paris entfernt war, wurde der Name Esterhazy ausradiert und derselbe Name wieder auf die ausradierte Stelle geschrieben. Das sollte glauben machen, es sei ein anderer Name ausradiert und der Name Esterhazy aus bösslicher Absicht hineingesetzt worden. Dabei verfuhr der Fälscher aber so plump, daß er zwar den Namen Esterhazy's ausradierte, aber dessen Adresse unberührt stehen ließ. Bekanntlich wurde Picquart beschuldigt, diese Fälschung verübt zu haben; er kam aber durch eine Photographie, die er vom „Petit bleu“ nehmen ließ, nachweisen, daß die Fälschung erst nach seinem Weggang aus Paris begangen worden ist.

8. und 9. Die Depeschen „Speranza“ und „Blanche“, von Esterhazy und der Pays gefälscht, um Picquart zu kompromittieren und sein Zeugnis im Esterhazy-Prozess vor dem Kriegsgerichte zu verdächtigen.

10. Die neueste Fälschung auf den Namen des Obersten Schneider, des österreichisch-ungarischen Militär-Attachés. Der Brief, den Schneider abgeschickt haben sollte, lautet:

Paris, 30. November 1897. Man hatte bereits wiederholt eine ähnliche Vermutung geäußert, daß der Verräter ein anderer ist, als Dreyfus, und ich wäre nicht wieder darauf zurückgekommen, wenn ich nicht seit einem Jahre durch dritte Personen erfahren hätte, daß der deutsche und der italienische Militär-Attaché die gleiche Theie in den Salons, rechts und links, verteidigten. Ich bleibe immer noch bei der meiner Zeit über den Dreyfus-Handel veröffentlichten Informationen. Ich betrachte sie noch immer als richtig und bleibe bei der Ansicht, daß Dreyfus mit den deutschen Spionagebüros von Straßburg und Brüssel in Verbindung stand, die der Große Generalstab sorgfältig selbst seinen eigenen Landeskenten verheimlicht.

Ueberblickt man die Reihe dieser Fälschungen, die als solche enthüllt und nachgewiesen, so muß man dem Untersuchungsrichter Vertulus vollständig Recht geben, der am Schluß seiner Aussage vor dem Kriegsgericht gesagt hat:

„Als wir gesehen haben, was man alles that, um die Verurteilung des Dreyfus aufrecht zu erhalten, da haben wir uns gefragt: Warum denn diese Machenschaften aller Art? Warum diese Ministerarbeit gegen Picquart? Warum die Fälschungen gegen Dreyfus? Warum alle diese Dinge? Ist das nicht auffallend? Wenn Dreyfus wirklich schuldig ist, warum dann zu Mitteln von solcher Art greifen? Aus diesen Manövern selbst leuchtet die Wahrheit hervor: Dreyfus ist unschuldig! Das ist meine Ueberzeugung. Ich halte ihn nicht für schuldig. Man wendet solche Mittel nicht an, wenn man im Besitz der Wahrheit ist!“

Ganz richtig. Die gehäufte Verbrechen beweisen mehr als alles andere, daß es galt, ein Verbrechen zu decken, das Verbrechen, das durch die Verurteilung des unschuldigen Dreyfus begangen worden ist. —

### Aus der Parteibewegung.

Die zweite Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Thüringens trat am Sonntag vormittag in Weimar zusammen. Die Tagesordnung bildete die Fortsetzung der Beratung des Programms zu Gemeindevertreter-Wahlen. Als Grundlage diente das Programm der gleichen Brandenburger Konferenz. Erschienen waren dieses Mal nur Delegierte von Gemeindevertretern, während an der ersten Konferenz in Jülichsohofen eine sehr große Zahl Gemeindevertreter teilgenommen haben. Anwesend waren Vertreter aus sieben thüringischen Staaten — Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar, Reuß i. L., den beiden Schwarzburg und dem preussischen Teile Thüringens. — Die meisten Beschlüsse wurden einstimmig nach lebhafter Debatte gefaßt. Ueber den Punkt, daß an Mitglieder der Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde nicht vergeben werden dürfen, daß auch an Lieferungsverträgen und gewerblichen Unternehmungen für die Gemeinde sie nicht beteiligt sein dürfen, entstand eine längere Auseinandersetzung. Eine starke Minorität wollte die Streichung dieser Bestimmung, doch gelangte schließlich das Programm in der bekannten Fassung zur Annahme. — Die Frage: „Kann den Parteigenossen bei Gemeindevertreter-Wahlen der Abschluß von Kompromissen empfohlen werden?“ — beantwortete nur ein Delegierter aus dem Gotha'schen mit ja, sämtliche anderen Delegierten nahmen einen Antrag an, daß weder aus taktischen noch anderen Gründen den Genossen bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen Anlaß zu Kompromissen gegeben sei; überall sollen die Genossen aus eigener Kraft sich Erfolge erkämpfen und die Prinzipien rein erhalten. — Bemerkenswert ist noch, daß der zweite Bürgermeister von Weimar, Dr. Damborf, ein Sohn des Stuttgarter Bildhauers Prof. Damborf, die Konferenz aus Gründen des öffentlichen Wohles verboten hatte, daß er aber das Verbot wieder zurücknahm, als ihm durch den Vertrauensmann der Partei in Weimar Aufklärung über Wesen und Zweck der Konferenz gegeben war, dieser sich auch protokolllarisch verpflichtet hatte, Verletzungen zu hindern, sowie Ordnung, Ruhe und Sitte

zu wahren, schließlich auch noch garantierte, daß einige als Referenten in der Tagesordnung bezeichnete auswärtige Genossen keine Wähler und Helfer seien. — Gelegentlich dieser Unterhandlung sagte der Herr Bürgermeister, es sei die „Anweisung von oben“ ergangen, wonach die Behörden verpflichtet werden, nicht mehr so leicht Versammlungen zu gestatten. — Diese Bemerkung bestätigt nur, was wir schon wußten, nämlich, daß mit dem Einzug des „neuen Herrn“ im Departement des Innern, Herrn v. Wurmb, die Bekämpfung der Sozialdemokratie in jeder Weise erfolgen muß, und da ein Versammlungsrecht für die weimarschen Staatsbürger nicht besteht (nach dem Ausspruch des früheren Staatsministers v. Groß), so ist das nächstliegende ja das Verbot der Versammlungen. Es besteht zwar keine gesetzliche Bestimmung, aus welcher hervorgeht, daß wir im weimarschen das Versammlungsrecht nicht haben, umgekehrt existieren Verordnungen mit Gesetzeskraft, welche das Vereins- und Versammlungswesen regeln, nebenbei gilt doch auch für unsern Kleinstaat die Reichsverfassung. —

Internationaler Kongress in Paris. Die Kommission für die endgültige Feststellung der Einlobung zum internationalen Kongress von 1900 ist Montag abend zusammengetreten. Die Kommission besteht aus den Genossen: Jean Jaurès, Viktor Dalle, Jules Guesde, Albert Richard, Louis Dubreuilh. Als Stellvertreter fungieren Louis Révelin, Pierre Morel, Ed. Fortin, M. Lenormand, S. Le Page.

Totenliste der Partei. In Altmühlhof in Bayern starb nach kurzer Krankheit ein treuer Parteigenosse, der Zimmerer Konrad Seischab. Er hat sich stets als ein braver Kämpfer erwiesen. —

### Politikalisches, Gerichtliches usw.

Der Freiheitsberaubung hatte Genosse Rakutt in Königsberg als Redakteur der Volkstribüne einen Gendarm und zwei Gemeindebeamte beschuldigt, weil sie drei sozialdemokratische Flugblattverteiler festgehalten und fast einen ganzen Tag lang eingesperrt hatten. Darob der Beleidigung angeklagt, wurde Rakutt zu Gefängnisstrafe verurteilt. Das Revisionsgericht hob das Urteil auf und die Strafkammer in Braunsberg sprach Rakutt frei, indem sie ausdrücklich anerkannte, daß für die Beschuldigung der Freiheitsberaubung der Wahrheitsbeweis erbracht sei. Einer der damals eingesperrten Genossen stellte nun bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Freiheitsberaubung. Die Verfolgung wurde abgelehnt, weil ein bewußt rechtswidriges Handeln, das ein Einschreiten wegen Freiheitsberaubung rechtfertigen könne, nicht vorliegt. Es würde sich doch empfehlen, diese Angelegenheit durch Beschwerde bis ans Ober-Landesgericht zu bringen, um festzustellen, ob sich dieses auf Seite der Staatsanwaltschaft oder der Strafkammer stellt. —

### Soziale Bewegung.

Der Streik der Lötter in Halle endete mit einem vollen Siege der Arbeiter. Am Sonnabend bewilligten die Meister die Forderungen der Gesellen in vollem Umfang.

Der Kampf der Hamburger Klempner um die Durchführung des neuen Lohntarifs dauert fort und scheint eine größere Ausdehnung annehmen zu wollen, indem eine größere Anzahl Mittelbetriebe sich heftig gegen die bescheidene Lohnforderung sträubt. Als geregelt zu betrachten sind erst 83 Betriebe mit zusammen 680 Arbeitern. Ueber mehrere Betriebe mußte die Sperre verhängt werden. Ausständig sind gegenwärtig etwa 100 Mann, doch wird sich die Zahl der Ausständigen voraussichtlich vermehren. —

Strafgefangene Maurer aus Hannover und Celle werden in Lehe beim Bau des Amtsgerichts beschäftigt. Sie erhalten nach den Angaben unseres hannoverschen Parteiblattes die Stunde 35 Pf., was wesentlich weniger ist, wie der dort für freie Arbeiter geltende Lohnsatz. —

Zur Lohnbewegung der Berliner Bauarbeiter. Mit einer Anzahl Unternehmer, welche bisher bei ihrer Weigerung beharrten, wurden gestern Verhandlungen gepflogen, die das Resultat ergaben, daß 7 Unternehmer bewilligten. Die Haltung der noch ausständigen Kollegen, deren Zahl sich täglich verringert, ist eine gute. Auch in den Vororten verringert sich die Zahl der Ausständigen; in Kummelsburg, Schöneweide und Weißensee sind 80 Kollegen die Forderungen bewilligt. —

Der Verband der Metallindustriellen hat in Sachen des Leipziger Formertreiks die Intervention des Schiedsgerichts als Einigungsamt abgelehnt. Die Gründe für diesen Beschluß sollen dem Gewerbegericht schriftlich mitgeteilt werden. Der Kampf geht weiter! Die Unternehmer, die den Kampf erst provozierten, haben nun auch die zum Frieden gebotene Hand zurückgewiesen. Die Folge wird sein, daß die öffentliche Meinung immermehr für die Arbeiter, die bekanntlich auf zwei Jahre ausgehungert werden sollen, Partei ergreift. Kein zielbewußter Arbeiter darf verdammen, das Seine dazu beizutragen, daß der Kampf für die ausständigen Formier mit einem glänzenden Sieg endet. —

Bei der Gewerbegerichts-Wahl für die Unternehmer in einem Wahlbezirk Stettins (die erste Wahl war ungültig erklärt worden) wurden die vier sozialdemokratischen Kandidaten mit 76 gegen 71 Stimmen gewählt. Von den 48 Beisitzern des dortigen Gewerbegerichts sind nun 28 Sozialdemokraten. —

Die Lage des Arbeitsmarktes. Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt gegenwärtig ein Bild mit widerspruchsvollen Zügen, die in der Berliner Monatschrift Der Arbeitsmarkt wie folgt zusammengefaßt werden: In der gesamten Berg- und Metallindustrie einerseits flottes Geschäftsgang, andererseits die nun nicht mehr neue Erscheinung, daß bei dem intensiven Verbrauch an Kohle und Halbzeug Mangel eintritt und Arbeitslosigkeit nach sich zieht. In der Textilindustrie, die bisher an dem allgemeinen Aufschwühen nicht teilnahm, schlägt die Lage so schnell um, daß weibliche Arbeitskräfte stellenweise schon nicht mehr zu beschaffen sind.



Ein Ausdruck der allgemeinen unruhig gewordenen Lage ist der noch immer andauernde große Umfang der Streikbewegung in Deutschland. Nach den Streikmonaten April und Mai mit je 84 neubegonnenen Streiks ist die Zahl zwar, wie alljährlich, im Juni zurückgegangen, aber nur auf die immer noch beträchtliche Höhe von 52 und hat sich im Juli auf ungefähr derselben Höhe (48) gehalten. — Die weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes wird zum Teil von der des Geldmarktes abhängen. Die Reichsbank hat am 7. August den amtlichen Bank-Zinssfuß von 4 1/2 auf 5 Prozent erhöht. Die Maßregel hat zwar nur den Zweck, einen drohenden Goldabfluß nach England zu verhindern. Wenn sich aber daraus ein Wettlauf zwischen den englischen und deutschen Banken und eine Versteifung des Geldmarktes entwickelt, so ist der Rückschlag auf die Industrie und damit auf den Arbeitsmarkt unvermeidlich. — Einsteilen sind die deutlich wahrnehmbaren Symptome von Ungunst nur gering. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Krankenkassen, die sich vom 1. Juli bis 1. August im Vorjahre um 0,4 Prozent gesteigert hatte, ist in diesem Jahre um ebensoviel zurückgegangen. Bei den Arbeitsnachweisen deckten sich im Juli ungefähr Angebot und Nachfrage (während im Vorjahre Ueberschuß war); auf 100 offene Stellen kamen 100,7 Bewerber (gegen 112,5 im Vorjahre). Die ungeheure Gunst des Juni aber, die einen auffallenden, ganz direkten Arbeitermangel gezeigt hatte, ist nicht mehr vorhanden. —

## Handel und Industrie.

### Was die Monopolisten verdienen!

Aus dem Geschäftsbericht der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, die aus vier Aktionären zusammengesetzt ist, ergibt sich, daß diese Gesellschaft bei einem Kapital von 9 Millionen Mark, unter Hinzurechnung von Abschreibungen und Reservefonds-Zuwendungen, 6 Millionen in einem Jahre „verdient“ hat. Zweifelslos ist der Verdienst noch viel höher, weil die vier Aktionäre Stillstehen über die Höhe der Dividende pro 1898 beschlossen haben. In diesem Falle dürfte Diskretion noch mehr als Ehrensache sein. Die andere Filiale der Standard Oil Company, schreibt die Frankfurter Zeitung, die Mannheimer-Bremer Petroleum-Aktien-Gesellschaft, erbrachte bei einem Kapital von 3 Millionen Mark einen Nutzen, der sich unter Hinzurechnung von Abschreibungen und eines neu gebildeten Fonds auf ca. 2 Millionen Mark, somit gleichfalls auf 66 2/3 Prozent beläuft. Wie hoch er in Wirklichkeit ist, dürfte schwer zu bestimmen sein, da z. B. die Unkosten um 160 000 Mark mehr als im Vorjahre betragen, während die Verringerung des Betriebskontos um 125 000 Mark darauf hinweist, daß ein Teil des Geschäftes den anderen Monopolgesellschaften übertragen wurde, die ihren Sitz in New York, Antwerpen und Rotterdam haben. Die Dividende wird indessen nur mit 47 Prozent bezeichnet. Daß ein großer Teil des Gewinns durch das Lagermonopol herbeigeführt ist, läßt sich nicht bestreiten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Mannheimer Petroleumpreis, welcher für Süd- und Mitteldeutschland, also für einen Bedarf von 5 Millionen Doppelcentner maßgebend ist, um Mark 1.83 per 100 Kilo, somit um 9 Millionen Mark höher gehalten wurde, als in Bremen, nachdem den Monopolisten der von langer Hand vorbereitete Schlag gelungen war, sämtliche Lagerplätze in ihren Besitz zu bekommen. Schon vor geraumer Zeit wurde durch eine gemeinsame Eingabe der Mannheimer Handelskammer, des Stadtrats und des Komitees unabhängiger Petroleum-Großhändler auf das Bedenkliche dieses Zustandes hingewiesen. Die Monopolgesellschaften wurden gezwungen, den willkürlich angenommenen Preismittelwert von 1.83 Mark auf das richtige Maß, nämlich 40 Pfennige zurückzuführen. Die Gemeingefährlichkeit monopolistischer Betriebe kann nicht deutlicher dargestellt werden. —

## Gerichtliche Urteile.

### Sandgericht Magdeburg.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Arbeiter Friedrich Gauschalt, genannt Schneider, hier, geboren 1881, wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Der Geschäftsführer Franz Koch zu Gerichshausen, geboren 1876, hat am 5. Mai d. J. sein 3 Jahre altes Kind in roher Weise gemißhandelt. Es erlitt dadurch einen Unterleibsdurchbruch und erkrankte schwer. Die Heilung ist bis heute noch nicht vollständig wieder erfolgt, wahrscheinlich kann eine dauernde Entstellung eintreten. Der Geschäftsführer bestritt, die Verhinderung zu veranlassen. —

Der vorbestrafte Arbeiter August Krull zu Scherbenitz, geboren 1869, war am 7. Mai d. J., durchs Ansehen und verurteilt durch Stundhalter auf dem Marktplatz rabeubredenden Särm. Als ihn ein Polizeibeamter aufforderte, sich ruhig zu entfernen, behauptete Krull, ihn durch Redensarten. Das Schöffengericht hat ihn am 6. Juli d. J. wegen der Uebertretung auf 3 Tage Haft und wegen des Vorgehens auf 3 Wochen Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Die ihm über bestimmte Ehefrau des Arbeiters Friedrich Grotlich, Anna geb. Wimmer-Schmidt, geb. 1861, verurteilt wurde wegen Sittlichkeit zu einer Woche Gefängnis verurteilt. —

Der vorbestrafte Fabrikarbeiter Karl Söder zu Suckfurt, geboren 1875, kam im Mai d. J. von einem Händler ein Fahrrad für 285 Mark auf Abzahlung, das er dann halb herum für 150 Mark weinverkauft. Den Erlös verbrauchte er für sich. Der Angeklagte wurde wegen Unterschlagung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Das vierundzwanzigjährige Annelie Reichhaller hier, geboren 1878, wurde von der Anklage der jahrlängigen Brandstiftung freigesprochen. —

Der Handelsmann Friedrich Sade zu Reichenheim, geboren 1866, und der Fleischer und Handelsmann Christian Meißner zu Köhlitz, geboren 1868, wurden von der An-

klage der versuchten Mötigung und des Diebstahls freigesprochen. —

Der schon öfter bestrafte Arbeiter Adolf Lorenz zu Neustadt, geboren 1856, beleidigte in der Eingabe vom 2. Mai d. J. die Armenverwaltung des Magistrats und erhielt deswegen einen Monat Gefängnis. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Coatschändler Heinrich Lohmann hier, geboren 1863, von der Anklage der versuchten Mötigung freigesprochen. —

Der Kaufmann Max Schrader hier, geboren 1876, war für eine Cigarrenfabrik in Eöllingen als Agent thätig und kassierte im Dezember 1895 und am 8. Oktober 1896 von zwei Kunden insgesamt in unberechtigter Weise 52,40 Mk. ein, die er für sich verbrauchte. Der Gerichtshof erkannte wegen Betrugs in zwei Fällen auf 3 Monate Gefängnis. —

Der Arbeiter Karl Schmidt hier, geboren 1857, erschwand sich im April d. J. in drei Fällen unter Vorpiegelung falscher Thatsachen zusammen 12,50 Mk. In drei weiteren Fällen wurde er abgewiesen. Der Angeklagte erhielt wegen vollendeten und versuchten Betrugs im wiederholten Rückfalle ein Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

## Immer die „Affaire“.

Heutzutage Plaud'rer sein,  
Bringt gar wenig Freude ein,  
Denn für das, was „unter'm Strich“,  
Findet kaum ein Feind sich,  
Während eifrig wird studiert,  
Was in Frankreich just passiert,  
Mit dem Hauptmann Dreynus.

Was ich dichte, was ich schreibe,  
Leider ist es für die Katz;  
Meine „schöne Leserin“  
Hat ganz anderes im Sinn,  
Sieß die Telegramme, denn  
Immer nur denkt sie an Rennes  
Und an den Labori.

Was dort vor dem Kriegsgericht  
Mutig Oberst Picquart spricht  
Und was sagt der Mercier,  
Sieß sie morgens beim Kaffee.  
Alles weiß sie: ebenso  
Kann sie auch das Bordereau  
Und die Affenstücke.

Immer ist sie auf der Höhe,  
Weiß wie wichtig „le petit bleu“;  
La pièce „Canaille de D...“  
Aus dem „dossier secret“  
Ist vertraut ihr, und sie frant,  
Was der Eingeweihte nennt  
Die Esperanza-Briefe.

Wo ich steh' und wo ich geh',  
Hör' von Dreynus ich, herrlich!  
Sinkt ich abends mein Glas Bier,  
Nacht sich menschl'g's einer mir,  
Der die Frage mir verlegt:  
„Sie steht es mit Dreynus jetzt?  
Wird er freigesprochen?“

Flüchte ich, um dieser Qual  
Zu entgehn, des Sonntags mal  
Aus der Stadt — im tiefsten Wald  
Drift mich das Verhängnis bald  
Und ein ighliches Häuerlein  
Hängt mich mit den Worten ein:  
„Die steht es mit Dreynus?“ (Hamb. Echo.)

## Vermischte Nachrichten.

Ein großer Moor- und Waldbrand ist infolge der Trockenheit der letzten Wochen auch in Ostpreußen ausgebrochen. Es wird darüber berichtet: Von einem jäheren Schaden ist der Kreis Birkollen betroffen worden, indem die etwa 5000 Morgen umfassende große Flur, ein mit Wald bedeckter Bruch, zwischen Schirwindt und Schillehagen, zum Teil abgebrannt ist bezw. noch brennt, zum Teil in großer Gefahr steht. Zunächst stiegen aus dem größten Kiefern- und Tannengebüsch gelegenen Teile des Bruchwaldes Rauchwolken empor, die anfangs kaum beachtet wurden, da man meinte, sie wären nur dem gewöhnlichen Ausbrennen eines Stückes Bruchland zuzuschreiben. Doch nach kürzerer Zeit wurde der Rauch immer stärker, und bald schon erfüllte die Luft die Nachrichten, daß der Wald brenne. Von den Behörden der Stadt Schirwindt wurde sofort Befehl zur Evakuierung von Hilfsmannschaften erlassen, und darauf ging es an die Herbeiführung des Feuers. Doch mußte man bald bald übergeben, daß es zu spät war, und daß der Brand immer weiter um sich griff. Telegraphisch wurde daher um militärische Hilfe gebeten, und es trafen dreißig Mann vom Jäger-Regiment Nr. 33 aus Gumbinnen ein, welche sofort an die Arbeit gingen. Weitere zehn Mann folgten später. Ein Haufen von ungefähr 2000 Morgen, welches zum Teil in Flammen stand, zum Teil doch noch nicht mehr zu halten war, wurde preisgegeben und schon der Versuch gemacht, ein Stückes von 6000 Morgen zu retten, ebenso noch ein Stück des zum Schirwindter Bruchwald gehörigen Waldes. Durch einen Wall soll das preisgegebene Stück des Bruchwaldes von dem, das man zu erhalten gedauert, abgetrennt und damit dem Feuer Einhalt geboten werden. Mit dem Anwerfen der Gräben wurde sofort begonnen und die Arbeiter energisch gefördert. In Gefahr gerieten, namentlich infolge des herannahenden Windes, viele Gehöfte. Einzelne Besitzer haben bereits das Vieh losgebunden, um es bei einem etwa ausbrechenden Feuer retten zu können. Die Funken blieben bis nach dem mehr als eine halbe Meile entfernten Dorf Bernsdorf. Die Rauchwolken nahmen fast die Hälfte des Horizonts ein. Ob es gelingen wird, den noch stehenden Teil des Bruches zu retten, erscheint sehr fraglich. Der Schaden, welcher bis jetzt entstanden ist, geht bereits hoch in die Tausende von Mark. Der Waldbrand ist vernichtet, die wunden Stellen bis zu einem Meter tief eingebrannt. Wald und Gehölz sind massenhaft in den Flammen untergegangen. —

Zu einem Wohltat der — Rabbiner wird soeben von Herrn Dr. Maybaum gegenüber der Synagogengemeinde zu Koblenz aufgefordert. Dort ist Herr Dr. Singer nach zwölfjähriger Wirksamkeit das Lehramt gekündigt, ohne daß ernsthafte und schwerwiegende Gründe für diesen Schritt vorliegen. Den Seelsorger mußte die Kündigung um so empfindlicher treffen, als er für eine Familie mit drei unmündigen Kindern zu sorgen hat. Außerdem wurde die Stelle in einer für ihn verletzenden Weise ausgeschrieben. Auf Wunsch von Amtsgenossen richtete dann Dr. Maybaum als Vorsitzender des Rabbinerverbandes vor Deutschland ein Schreiben an den neugewählten Gemeindevorstand in Koblenz, worin er über die Gründe der Entlassung von Singer Auskunft hat und für einen gütlichen Ausgleich seine Dienste anbot. Der Brief blieb unbeantwortet. Herr Dr. Maybaum weist jetzt auf Erfahrungen hin, die schon früher Rabbiner in Koblenz gemacht haben, und bittet alle seine Kollegen, sich um die ausgeschriebene Stelle nicht zu bewerben und etwa schon erfolgte Bewerbungen zurückzuziehen: „Wer auf Ehre und Würde des Standes hält, wird diese dringende Bitte nicht unbeachtet lassen.“ Werden sehen. —

Gebet einer Telephonistin. Täglich sitze ich acht Stunden — An dem Klappenapparat! — Täglich sind von mir verbunden — 100 Kunden durch den Draht — Und die 100 sprechen täglich — Jeder mind'stens selbst 10 mal — 10 mal spricht, 's unerträglich! — Jeder von dem Personal — Zu dem Stimm, der angeschloßen — Kommen 100 wieder 'ran — Fremde, Sine und Genossen — Alle, alle bimmeln an — Und es haben, mir zum Grause — Eile alle insgesamt — Bei der Hitze keine Pause — Immer wieder tönt es: Amt — Drum fleh' ich zu dir, o Himmel — Helfen kann nur die Natur — Schick', dann schweigst doch das Gebimmel — Täglich ein Gewitter nur! —

## Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

### Freitag, 25. August:

Arbeiter-Gesangverein Einigkeit Magdeburg. Jeden Freitag abend Uebungsstunde im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.  
Männer-Turnverein „Friedrich“, Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.  
Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luiseipark“.  
Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.  
Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Schüricht, Moldenstraße 26.  
Naturheil-Berein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt, Breitenweg 31, Uebungssabnd: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.  
Turnverein „Jahr“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zehlför Bierhalle“, Schöningerstraße 28.  
Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.  
Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde im „Weißen Roß“ (Zehlför Bierhalle).  
Niederdeutschen Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Gustav Hornemann.  
Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Roß).  
Arbeiter-Turnverein Olvenstedt. Dienstags und Freitags Uebungsstunde bei U. Schinke.  
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.  
Freie Turner Bennedenbeck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.  
Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Friedrich Simump in Groß-Ottersleben.  
Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger“.

### Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ort	22. Aug.	23. Aug.	24. Aug.	25. Aug.
<b>Unstrut und Saale.</b>				
Erfurt	+ 1.05	+ 1.00	0.05	—
Erfurt	+ 1.54	+ 1.48	0.06	—
Alteleben	+ 1.37	+ 1.31	0.06	—
Bernburg	+ 1.00	+ 0.98	0.02	—
Salze, Oberpegel	+ 1.46	+ 1.44	0.02	—
do. Unterpeg.	+ 0.34	+ 0.34	—	—
<b>Mulde.</b>				
Dessau	+ 0.10	+ 0.24	—	0.14
Muldebrücke	—	—	—	—
<b>Saale, Elbe, Mosbau.</b>				
Jungbunzlau	+ 0.08	+ 0.30	—	0.22
Laua	+ 0.32	+ 0.30	—	0.02
Windweiss	+ 0.08	+ 0.08	—	—
Prag	+ 0.10	+ 0.07	—	0.03
<b>Elbe.</b>				
Brandenburg	+ 0.10	+ 0.07	—	0.03
Brandenburg	+ 0.20	+ 0.02	—	0.22
Alteleben	+ 0.40	+ 0.32	—	0.08
Seimertitz	+ 0.34	+ 0.31	—	0.03
Kuhlig	+ 0.15	+ 0.03	—	0.12
Dresden	+ 1.35	+ 1.36	0.01	—
Vergau	+ 0.46	+ 0.49	—	0.03
Wittenberg	+ 1.15	+ 1.15	—	—
Köglau	+ 0.59	+ 0.55	0.01	—
Garitz	+ 0.92	+ 0.92	—	—
Schönebeck	+ 0.78	+ 0.74	0.04	—
Magdeburg	+ 1.02	+ 1.00	0.02	—
Zangennünde	+ 1.52	+ 1.49	0.03	—
Wittenberge	+ 1.27	+ 1.21	0.06	—
Dömitz, Pegel	+ 0.52	+ 0.74	0.05	—
Lauenburg	+ 0.86	+ 0.50	0.06	—
<b>Havel.</b>				
Brandenburg	+ 2.03	+ 2.02	0.01	—
do. Unterpegel	+ 1.45	+ 1.45	—	—
<b>Oder.</b>				
Köfel	+ 1.27	+ 1.26	0.01	—
Strig, Oberpegel	—	+ 4.65	—	—
do. Unterpegel	+ 2.30	+ 2.30	—	—
Breslau, Oberpeg.	+ 5.10	+ 5.08	0.02	—
do. Unterpegel	+ 0.29	+ 0.24	0.44	—
Frankfurt	+ 1.50	+ 1.76	0.04	—
Küstrin	+ 1.32	+ 1.40	—	0.08
<b>Warthe.</b>				
Lothen	+ 0.24	+ 0.26	—	0.02
Rastin	+ 0.34	+ 0.50	—	0.16
<b>Weichsel.</b>				
Thorn	+ 1.50	+ 1.44	—	0.28